

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

**Konjunktur: Hoffen
aufs Ausland**

3

**1. November:
100.000 demonstrieren in
Berlin**

7

**US-Gewerkschafter fordern:
Bringt die Soldaten sofort
nach Hause!**

8

**Konkordat in Brandenburg
Alles was Recht ist – des
Guten zu viel**

12

**Vom Gewerkschaftstag
IG Metall :
Personalstreit belegt,
Inhalte unscharf**

15

Parteitag der PDS

17

**Metropolendebatte:
Risiken und Chancen**

19



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHN TÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de - Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer, Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de - Hardy Vollmer, GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

IN BERLIN

AKTUELL

UNTER SOZIALHILFENIVEAU. Anlässlich des zehnten Jahrestages des Inkrafttretens des Asylbewerberleistungsgesetzes kritisiert die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl Geist und Praxis des Gesetzes als inhuman. Mit der Einführung des Sondergesetzes habe der Gesetzgeber die Unterversorgung einer ganzen Personengruppe zum Programm erhoben. Das am 1. November 1993 in Kraft getretene Asylbewerberleistungsgesetz stehe seitdem für soziale Entrechtung und entwürdigende Behandlung. Das Gesetz regelt die Unterhaltsleistungen unter anderem für Asylsuchende und Geduldete, die damit zugleich von den Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz ausgeschlossen werden. Eine Sonderstellung unter den sozialen Leistungsgesetzen nehme das Machwerk auch deshalb ein, weil die Leistungen, die nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erbracht werden, seit Inkrafttreten niemals der Preissteigerung angepasst worden seien, so die Kritik.

So liege das Leistungsniveau nach dem AsylbLG mittlerweile um mindestens 34 Prozent unter der Sozialhilfe. Wo Sachleistungen oder Gutscheine gewährt würden, liege das Leistungsniveau im Ergebnis vielfach sogar bei weniger als 50 Prozent der Sozialhilfe. Das liege daran, dass die Gutscheine teilweise auf teure Geschäfte begrenzt seien. Diese drastische Leistungskürzung gelte für alle Asylbewerber mindestens drei Jahre lang - für sehr viele unbefristet.

Mit der Leistungskürzung einher gehe die Regelung, die Leistungen vorrangig in Form von Sachleistungen zu gewähren. Sachleistung bedeutet Essens- und Hygienepakete oder Lebensmittelgutscheine, Kleidung aus der Kleiderkammer etc. Als einzig verfügbares Bargeld, das den gesamten persönlichen Bedarf wie Fahrten mit dem ÖPNV, Telefon, Porto, Genussmittel abdecken soll, werde ein seit 1993 unveränderter Taschengeldbetrag in Höhe von 1,36 Euro pro Tag (40,90 Euro/Monat) ausgezahlt.

Als Sachleistung gelte auch die Unterbringung der Betroffenen in Sammellagern statt Wohnungen. Das beengte Lagerleben über Jahre mache die Menschen psychisch und vielfach auch körperlich krank, kritisiert die Organisation. Wer deutsche Flüchtlingsunterkünfte besucht, treffe auf Menschen, die durch den Verlust der Privatsphäre und durch das für sie geltende faktische Arbeitsverbot depressiv und passiv geworden seien. Viele litten unter schweren chronischen Krankheiten. Auch Kinder lebten jahrelang unter solchen Umständen. Ein Umdenken sei dabei nicht in Sicht: Bayern wolle derzeit die unbefristete Lagerunterbringung all derjenigen vorschreiben, die unter das Asylbewerberleistungsgesetz fallen. Dabei handelt es sich nicht nur um Asylsuchende.

Darüber hinaus werde die medizinische Versorgung oft auf eine Notfallversorgung reduziert. Durch die Einschäl-

tung amtsärztlicher Gutachter werde die Behandlung weiter verschleppt. Anspruch auf Versorgung bestehe nur, wenn die Krankheit entweder „akut“ oder „schmerzhaft“ oder die Behandlung „zur Sicherung der Gesundheit unabweisbar“ sei. Um die Frage, ob diese Voraussetzungen vorliegen, müsse mit Sozialämtern und Amtsärzten des öfteren bis vor die Gerichte gestritten werden. Nach Ansicht von Pro Asyl ist der Zweck des Gesetzes die Abschreckung: Die hier lebenden Asylsuchenden sollen schlecht behandelt werden, um andere vom Kommen abzuhalten. Im von Rot-Grün vorgelegten Zuwanderungsgesetzesentwurf seien weitere Verschärfungen vorgesehen. Erstmals sollen auch solche Personengruppen in die gesetzliche Mangelversorgung einbezogen werden, die aus humanitären oder politischen Gründen ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht erhalten. Scharf kritisiert die Organisation auch die Politik der CDU/CSU. Sie habe am 8.9.2003 in ihren Gesetzesentwurf zur Sicherung der Existenzgrundlagen ihre Vorstellungen weiterer Repressalien gegenüber Flüchtlingen eingearbeitet. Danach solle Asylbewerber jede Chance genommen werden, jemals einen Anspruch auf das normale Existenzminimum der Sozialhilfe zu erhalten. Bislang muss nach drei Jahren geprüft werden, ob Betroffene einen Anspruch auf Sozialhilfe haben. Diese Option solle nun ersatzlos wegfallen.

ANALPABETISMUS. Der Bundesverband Alphabetisierung fordert eine höhere Qualität der Grundschulbildung in Deutschland. Nur so lasse sich der deutlich zunehmenden Lese- und Rechtsschreibschwäche vor allem unter jungen Leuten wirksam begegnen. In den ersten beiden Klassen werde der Grundstein für das weitere Lernen gelegt, sagte Marion Döbert, Vorstandsmitglied des Verbandes. Es fehle den Lehrern die Zeit für die Vermittlung von grundlegenden Kenntnissen gerade im Lesen, Schreiben und Rechnen, sagte Döbert. Die wachsende Zahl von Mädchen und Jungen ohne Schulabschluss sei beängstigend. 80.000 starteten gegenwärtig jährlich mit mangelndem Grundwissen in das Berufsleben. Als eine Ursache sieht Döbert eine „Überfrachtung des Unterrichts“. Außerdem fehle bundesweit eine individuelle Förderung bei Lernproblemen. Inzwischen sei ein Stand erreicht, bei dem die Schüler mit Lernproblemen „regelmäßig aus dem Unterricht aussteigen und sich selbst aufgeben“. Bei vielen von ihnen werde damit ein sozialer Abstieg regelrecht vorprogrammiert. „Die Lesekompetenz in der Bundesrepublik ist besorgniserregend“, sagte Döbert. Nach jüngsten Studien kämen 14,4 Prozent aller Deutschen nicht über das unterste Level der Grundkenntnisse hinaus. Damit stehe die Industrienation auf einer Stufe mit südamerikanischen Ländern und belege in Europa einen der hinteren Plätze.

Hoffen aufs Ausland

Verschiedene Wahrnehmungen

Die unterschiedliche Wahrnehmung des am 21. Oktober von den Wirtschaftsinstituten vorgelegten „Herbstgutachtens“ in der Öffentlichkeit ist auf den ersten Blick erstaunlich. Während beispielsweise die „Berliner Zeitung“ meint, die Institute hätten „in ungewöhnlich scharfer Form“ die Bundesregierung wegen ihrer „halbherzigen Reformen am Arbeitsmarkt und fehlerhafter Finanzpolitik“ angegriffen, kommt die Wirtschaftsabteilung des IG Metall-Vorstands in ihrer Übersicht zu dem Ergebnis: „Politikempfehlungen: Wie den Aufschwung sichern? Gutachter ratlos!“

Auf den zweiten Blick ist der Unterschied aber nicht so groß. Tatsächlich sind die wirtschaftswissenschaftlichen Institute über ihre Prognose („Der Aufschwung kommt – aber langsam!“) unsicher wie lange nicht. Irgendwelche konjunkturellen Vorschläge sucht man deshalb in ihrem Gutachten vergeblich.

Konjunkturpolitik findet nicht statt

Auch eine Kritik der tatsächlich betriebenen staatlichen Konjunkturpolitik sucht man in dem Herbstgutachten vergebens. Die dramatische Verringerung kommunalen Ausgaben beispielsweise – ein Ergebnis der extremen Zentralisierung staatlicher Mittel durch die rot-grüne Bundesregierung – wird von den Instituten in dem gesamten Gutachten überhaupt nicht erwähnt, obwohl sie als eine starke Konjunkturbremse wirkt, da von den kommunalen Haushalten starke Impulse für den Bau, das Handwerk und

den Einzelhandel ausgehen.

Auch die seit Jahren anhaltende Stagnation des privaten Konsums – eine Folge der sinkenden Realeinkommen vor allem in den unteren Einkommensbereichen und des gerade diese Milieus treffenden Abbaus sozialer Sicherungen – ist für die Institute kein Grund zur Kritik. Diese großen und wichtigen Bereiche staatlicher Konjunkturpolitik kommen in dem gesamten Gutachten schlicht nicht vor.

Hoffnungen nur im Export ...

Hoffnungen auf eine Besserung der wirtschaftlichen Lage machen sie sich statt dessen fast nur im Export. Ihre Annahme: „Der Welthandel erhöht sich im Jahr 2003 um 3½ %, im kommenden Jahr um 7½ %.“ Nächste Annahme: Die Wirtschaft in den USA expandiert (plus 3,6%, verglichen mit 2,7% in 2003), selbst in Japan geht es nach langen Jahren der Stagnation wieder aufwärts (plus 2% in 2004). In China und den sog. „ostasiatischen Schwellenländern“ – inzwischen wirtschaftlich stärker als Lateinamerika – wächst die Wirtschaft ebenfalls wieder zügig. Die Institute erwarten hier in 2004 ein erneutes Wachstum von 8 Prozent. „Gleichzeitig hat sich die Zunahme der Produktion in Russland deutlich beschleunigt, auch infolge des nach wie vor recht hohen Ölpreises.“ Selbst in der EU (plus 2%, nach 0,8% in 2003) und in den Beitrittsländern zur EU (plus 3,7% nach plus 3,1% in 2003) sind die Erwartungen der Institute für das nächste Jahr günstiger als in 2003.

Alles zusammengenommen wachsen deshalb nach ihrer Ansicht die Aussichten auf ein Anziehen des Exports. Für die deutschen Konzerne, die schon 2003 erneut zum Exportweltmeister vor den USA aufrückten, und für die deutsche Wirtschaft insgesamt ist das nach Ansicht der Gutachter offenbar die einzige Aussicht auf Besserung der Lage im nächsten Jahr. Kein Wunder, dass Wirtschaftsminister Clement sich mehr „Patriotismus“ im nächsten Jahr wünscht.

... aber Sorgen über die USA

Wobei selbst diese Prognose der Institute mehr als unsicher ist. Denn das anhaltend hohe Leistungsbilanz-Defizit der USA macht auch den Gutachtern in Wirklichkeit große Sorge. „Das Leistungsbilanzdefizit deutet darauf hin, dass in den USA weniger gespart als investiert wird. Finanziert wird die Differenz durch Kapitalimporte ... Entsteht im Inland die Erwartung einer Überschuldung, könnte es dort in erheblichem Umfang zu einem Anstieg der gesamtsstaatlichen Sparquote und zum Ausfall von inländischer Nachfrage kommen ... Erfahrungen in anderen Ländern zeigen, dass ein Defizit von 5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt kaum über einen längeren Zeitraum zu finanzieren ist.“ Die Sorge ist groß, dass ein Nachfrageeinbruch in den USA oder ein drastisch sinkender Dollarkurs den deutschen Konzernen die Rendite im Exportgeschäft, wenn nicht sogar die Exportmenge in die USA ganz gehörig beeinträchtigen könnte.

Stichwort: „Deflation“

Anhaltendes Sinken des Preisniveaus für Endprodukte (Konsumgüter, Investitionsgüter) in einer Volkswirtschaft. Ursache: Die Gesamtnachfrage nach diesen Gütern ist geringer als das in der Volkswirtschaft verfügbare Güterangebot. Erfahrungsgemäß geht eine Deflation mit einer Verminderung der umlaufenden Geldmenge und/oder der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes einher.

(aus: Börsenlexikon der FAZ)

Deflation ist der Zustand einer Volkswirtschaft, in dem der allgemeine Preisstand fällt, also Waren und Dienstleistungen anhaltend billiger werden. Deflationen werden in der Regel von Rezessionen begleitet. Einmal in Gang, kann die Deflations-Spirale nur schwer aufgehalten werden und möglicherweise zu einer langanhaltenden deflationären Depression werden.

Ursachen / Auswirkungen

Deflation hat zur Folge, dass Geld zurückgehalten wird, da Waren und Dienst-

leistungen später günstiger zu sein scheinen. Es wird nur das Nötigste gekauft und wenig investiert. Dieser Nachfragerückgang führt dazu, dass Unternehmen geringere Umsätze, also auch Gewinne, verbuchen und im Anfangsstadium rationalisieren (häufig Entlassungen) oder schließlich, in letzter Instanz, zahlungsunfähig werden. Die zusätzliche Angst um den Arbeitsplatz veranlasst die Menschen, mehr Geld zurückzulegen, um sich für die Zukunft abzusichern. Insgesamt sinkt nun die Gesamtgüternachfrage bei ungefähr gleichbleibenden Güterangebot (Nachfragerückgang).

Weitere Ursachen einer Deflation lassen sich auch in einer restriktiven Geldpolitik (Erhöhung der Mindestreserve, Steigerung des Zinssatzes) wie auch einer kontraktiven Finanzpolitik (Steuererhöhungen, staatliche Ausgabenkürzungen) finden, da diese Maßnahmen die Nachfrage weiter dämpfen würden.

In einer Deflation werden Schuldner benachteiligt, da ihre über Kredite finanzierten Sachgüter an Wert verlieren, aber sie nach wie vor den gleichen an-

fangs festgesetzten monetären Wert begleichen müssen. Wohingegen Gläubiger mit jeder Zahlung „verdienen“, da das Geld – zinsbereinigt – einen höheren Wert hat, als am Anfang der Periode.

(aus: Wikipedia, die Freie Enzyklopädie)

„Wichtig ist jedoch, dass bei sinkendem Preisniveau der Realwert der Kassenbestände zunimmt, also das Halten von Bargeld und Sichtdepositen einen Realzins bringt ... Je höher die realen Kassenbestände sind, um so wohlhabender und sicherer fühlen sich die Menschen ... (wenn) die Leute ... lieber Kasse halten, als Wertpapiere ... zu kaufen, dann befindet sich die Wirtschaft ... schon in einer Liquiditätsfalle. Sie erleidet wegen der Geldhortung einen Nachfrageausfall mit einem Beschäftigungsrückgang.“ (Seite 73)

„Die Regierung Brüning ... nahm mit ihrer Deflationspolitik (wahrscheinlich unbewusst) eine erhebliche Zunahme der Arbeitslosigkeit in Kauf ...“ (Seite 100) (aus: Herbert Giersch, Konjunktur- und Wachstumspolitik. Gabler Verlag, Wiesbaden 1977)

Geschieht das, dann ist erneut die gesamte „Aufschwung-Prognose“ des Herbstgutachtens das Papier nicht wert, auf dem es geschrieben ist.

Keine Besserung auf dem Arbeitsmarkt

Eine Besserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt erwarten die Institute aber selbst bei einem gutem Verlauf des Exportgeschäfts in die USA im nächsten Jahr nicht. Die Ausdehnung des Exports werde von den großen Konzernen ohne Ausdehnung der Beschäftigung erreicht, prognostizieren sie. Die Kapazitäten seien in vielen Branchen nicht ausgelastet. Die Ausdehnung des Exports soll also fast vollständig durch weitere Intensivierung der Arbeit und Steigerung der Produktivkraft der Arbeit erreicht werden.

Im Inland dagegen sind die Erwartungen der Institute düster. Zwar sind die noch im Frühjahr geäußerten Sorgen vor einer „Deflation“ inzwischen leiser geworden. Kein Wunder, sollte man meinen, hat doch das Bundesfinanzministerium unter dem Eindruck dieser laut vorgebrachten Sorgen seine Politik rigorosere Ausgabenkürzungen etwas gelockert und kündigt nun infolge dessen für 2003 die höchste Neuverschuldung der letzten Jahrzehnte an.

Aber im Grunde sind die Sorgen vor einer anhaltenden Stagnation, wenn nicht sogar einem weiteren Einbruch von Konsum und Beschäftigung noch immer vorhanden. Anzeichen für ein Anziehen der Inlandsnachfrage werden auch von den Wirtschaftsinstituten verzweifelt gesucht – und nicht so recht gefunden. Alle ihre Hoffnungen konzentrieren sich deshalb auf die von Finanzminister Eichel angekündigten Steuersenkungen ab 1.1.2004. Von hier sollen die Impulse ausgehen, um den privaten Konsum und damit die „konsumnahen“ und weniger auf Weltmarkt orientierten Wirtschaftsbeiriche wie Dienstleistungen, Handwerk und Bau wieder auf Wachstumskurs zu bringen.

Die vorgezogene Steuerreform, über die der Bundesrat Ende dieser Woche berät, ist deshalb in den Augen aller Institute unverzichtbar. Streit gibt es nur über das Ausmaß der erforderlichen „Gegenfinanzierung“, sprich: der Ausgabenkürzung an anderer Stelle, damit das staatliche Haushaltsdefizit nicht zu sehr ansteigt. Die mehr dem konservativen Politikspektrum nahestehenden Institute wie HWWA, Ifo und IfW wollen die Steuerreform weitgehend durch Kürzungen an anderer Stelle – vor allem bei „konsumtiven“ Ausgaben wie Sozialleistungen, finanzieren. Die mehr regierungsnah eingestuft RWI, DIW und IWH sind dagegen mit einer weiteren Ausdehnung der staatlichen Neuverschuldung einverstanden. Sie erhoffen davon einen „konjunkturellen Impuls“.

Einig sind sich die Institute nur in folgendem: „Die zweite und dritte Stufe der ‚Steuerreform 2000‘ sowie die Gesund-

Wirtschafts-Splitter

Kein Ende der Talfahrt am Bau in Sicht

Die deutsche Bauwirtschaft steckt weiter in einer schweren Krise. „2003 wird noch mal ein rabenschwarzes Baujahr“, sagte der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes (ZDB), Arndt Frauenrath, am Freitag in Berlin. Der Umsatz der Bauunternehmen werde bis zum Jahresende um sieben Prozent auf 80 Milliarden Euro zurückgehen, prognostiziert der ZDB. Auch die Beschäftigungszahlen sehen düster aus: Gegenüber dem Vorjahr werden voraussichtlich 90.000 Arbeitsplätze wegfallen. Damit hätte sich die Zahl der im Bausektor Beschäftigten gegenüber 1995 fast halbiert. ... Auch im nächsten Jahr wird die Talfahrt im Baugewerbe weiter zunehmen, befürchtet Frauenrath. Er erwartet für 2004 einen weiteren Verlust von mindestens 40.000 Stellen und einen Umsatzrückgang um drei bis vier Prozent.

(Berliner Zeitung, 18./19.10.03)

Forscher: Lebensstandard sinkt

... Die Institute forderten die Bundesregierung konkret auf, das Steuersystem zu vereinfachen, die Subventionen und Steuervergünstigen massiv zu verringern und die notwendigen Reformen in der Renten- und Krankenversicherung durchzuführen. „Der Lebensstandard in Deutschland wird in den nächsten zehn Jahren massiv sinken, wenn kein radikaler Kurswechsel in der Politik erfolgt“, sagte Joachim Scheide vom Institut für Weltwirtschaft (IfW) in Kiel.

Berliner Zeitung, 22.10.03

Daimler zahlt wieder Gewerbesteuer. Erstmals seit 1992

Zum ersten Mal seit elf Jahren wird der Automobilkonzern DaimlerChrysler 2003 wieder Gewerbesteuer zahlen. Stuttgart, Berlin, Mannheim, Bremen und andere deutsche Städte und Gemeinden können damit in diesem Jahr noch ihre leeren Kassen füllen ... DaimlerChrysler hatte auf Konzernebene zuletzt 1992 Gewerbesteuer gezahlt. Danach machte der 1998 mit Chrysler fusionierte Autobauer stets große Verlustvorträge geltend – unter anderem aus der Beteiligung am Frankfurter Elektron-

heitsreform treten – wie von der Bundesregierung geplant – im nächsten Jahr in Kraft; außerdem werden Steuervergünstigungen und Subventionen abgebaut und erhebliche Einsparungen im Haushaltsvollzug verwirklicht.“

Schlechte Aussichten für Gewerkschaften und abhängig Beschäftigte

Für die lohnabhängig Beschäftigten und die Gewerkschaften sind das keine gute Aussichten. Der extreme Druck auf dem Arbeitsmarkt wird anhalten. Selbst wenn der Export wie prognostiziert an-

konzern AEG – und musste daher die Gemeindesteuer nicht zahlen.

Berliner Zeitung, 23.10.03

Angst vor finanziellem Absturz wächst

Immer mehr Deutsche sorgen sich um ihre finanzielle Zukunft: Nach einer Umfrage des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) erwarten knapp ein Drittel der Bürger eine Verschlechterung der eigenen Situation. Nur 18 Prozent gingen von einer Verbesserung aus. „Noch vor zwei Jahren hatten wir die gleichen Zahlen, allerdings mit umgekehrten Vorzeichen“, sagte DSGV-Präsident Dietrich Hoppenstedt am Mittwoch in Berlin. Die Angst vor dem Abstieg reiche inzwischen tief in die Mitte der Gesellschaft hinein ... Laut Umfrage des Sparkassen- und Giroverbandes planen 80 Prozent der Menschen, die in der vorgezogenen Steuerreform frei werdenden Mittel zu sparen und nicht in den Konsum zu stecken.

Berliner Zeitung, 30.10.03

Reformen verstimmen die Verbraucher. Furcht vor Kosten größer als Hoffnung auf Steuersenkung

Die Reformdebatte und die Ungewissheit über die Höhe der Steuerentlastung im nächsten Jahr lasten auf der Stimmung der deutschen Verbraucher. „Für die Menschen ist einfach nicht klar, was auf sie zukommt, und deswegen halten sie die Geldbeutel geschlossen“, beschrieb Rolf Bürkl von der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) am Donnerstag die Folgen für den Konsum.

Berliner Zeitung, 31.10.03

Talfahrt im Einzelhandel gebremst. Hoffen auf Steuerreform

Der Einzelhandel hat seine Talfahrt zwar gebremst, die Abwärtsentwicklung aber noch nicht stoppen können. Wie das Statistische Bundesamt am Freitag anhand vorläufiger Ergebnisse aus sieben Bundesländern mitteilte, setzte die Branche im September dieses Jahres 0,2 Prozent weniger um als im Vorjahresmonat. Damit wurde im September zum vierten Mal in Folge der Umsatz des entsprechenden Vorjahreszeitraums verfehlt, im September allerdings nur knapp.

Berliner Zeitung, 1./2.11.03

steigt, wird sich die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt nicht entspannen. Die Ersetzung tariflich bezahlter Jobs durch tariflose oder weit unter Tarif bezahlte Jobs jeder Art – Leiharbeit, Minijobs, PSA usw. – wird weiter voranschreiten, das System der Tarifverträge und damit der kollektiven Sicherungen für Lohnabhängige gegen Zumutungen der Arbeitgeber weiter durchlöchert werden. Auch die kommenden Tarifbewegungen – als erstes bei Metall – werden unter diesen Umständen schwer werden wie schon lange nicht mehr.

rül

Seifenblasen ins Publikum, Wunsch-Dir-was für die Monopole, Kommunen im Ungewissen

Die CDU hatte sich um die öffentliche Aufmerksamkeit bemüht und sie auch erhalten: der Fraktionsvorsitzende Friedrich Merz hat Leitsätze für eine Steuerreform vorgelegt, ästhetisch zufriedenstellend, weil kurz und schlank, modern mit allen Begriffen der neueren Lehren der Ökonomie. Manches sieht auch gut aus, wer wollte nicht so wenig wie möglich sich mit Steuererklärungen beschäftigen müssen. Man fragt sich aber trotzdem, lohnt sich eine Beschäftigung mit den Leitsätzen, denn zu offensichtlich sind die Widerstände gegen eine solche Radikalkur: aus der eigenen Partei, aus der Schwesterpartei, aus der Industrie und auch aus der Wählerschaft. Jeder lobt den Ansatz, gibt aber zu bedenken, dass dies und jenes nicht gestrichen werden soll. Stoiber zum Beispiel macht sich zum Sprachrohr von Audi und BMW gegen die Streichung der Steuerfreiheit von Nacht- und Schichtzulagen; die Firmen müssten in diesem Fall was beim Brutto drauflegen als Ausgleich. Dann kommen die mit viel Bauwirtschaft, denen die Eigenheimzulage am Herzen liegt usw. usw.

Dennoch lohnt sich auch ein Blick auf das eine oder andere Detail im Vorschlag von Merz. Er enthält Elemente, die eine Richtung andeuten, die dann auch in einer anderen Steuerreform Realität werden könnten. Zunächst ein Unionskernthema, die Familie. Wir zitieren die wesentliche Passage im Wortlaut:

„Der im Grundgesetz verankerte Schutz von Ehe und Familie gebietet auch im Steuerrecht, die Ehe und die Familie gerecht zu besteuern. Die Herstellung der Gerechtigkeit und die Förderung von Ehe und Familie erfolgt durch die Fortgeltung des Ehegattensplittings und die Gewährung des einheitlichen Grundfreibetrages auch für Kinder vom ersten Tag an. Die zusätzliche Sicherung des Existenzminimums von Kindern erfolgt im Bedarfsfall durch eine zusätzliche Kindergeldleistung. Notwendige Aufwendungen zur Versorgung, Betreuung und Erziehung von Unterhaltsberechtigten sind steuerlich abzugsfähig. Der private Haushalt wird grundsätzlich als Arbeitgeber anerkannt.“

Damit wird die Hausfrauenehe weiterhin steuerlich bevorzugt; damit wird weiterhin diese Eheform bei Gut- und Bestverdienern besonders gefördert. Damit wird die soziale Differenzierung bei den Kindern trotz allen PISA-Geredes weiter verschärft. Die Formulierung „einheitlicher Grundfreibetrag“ ist nämlich echte Täuschung, denn Freibeträge bevorzugen nach Einkommenshöhe. Dazu kommt, so ist es in der Formulierung versteckt, dass das Kindergeld wegfallen soll, außer für Geringst- und Garnichtverdiener. Und als Sahnehäubchen oben-

drauf gibt's dann noch Steuerminderungen für die Beschäftigung von Haushaltshilfen. Dieser Leitsatz aus dem Merz-Papier zeigt, wie mit der Vokabel „Gerechtigkeit“ einseitigste Interessensverfolgung betrieben werden kann.

Auch mit der Gerechtigkeit, die bei der Besteuerung von Kapitaleinkünften und Unternehmensgewinnen angeblich kommen soll, ist es nicht allzu weit her: Lapidar heißt es bei Merz: „Der Verlustausgleich bleibt als Verlustvortrag uneingeschränkt zulässig.“ Damit bleibt das vermutlich größte Loch zur Steuervermeidung offen. Die Daimler AG hatte durch die Fusion mit der hochverschuldeten AEG Anfang der 90er Jahre immerhin geschafft bis zu diesem Jahr keine Körperschaftsteuer und keine Gewerbesteuer zahlen zu müssen. Der Dank aus diesen Kreisen wird Merz sicher sein, ebenso wie für die erneut vorgetragene Absicht, die Gewerbesteuer abzuschaffen.

Entscheidungen stehen an

Damit wären wir bei den Punkten zum Thema Steuer, die jetzt echt entschieden werden, was hinter den Geräuschen, die mit dem Merz-Leitsätzen gemacht werden, fast untergeht: In dieser Woche stehen im Bundesrat zwei wichtige Entscheidungen an. Die erste ist die Reform der Gewerbesteuer. Von der Regierung gibt's einen Entwurf, von dem der Deutsche Städtetag meint, besser als gar nichts. Er sieht vor, die Umlage auf die Gewerbesteuer wieder auf 20 Prozent zu senken. Außerdem sollen die Freiberufler gewerbesteuerpflichtig werden und einige Löcher für Steuervermeidung durch Miet- und Leasingverträge zwischen verbundenen Unternehmen gestopft werden. Geschätzter Effekt: 2,5 Mrd. Euro mehr für die Kommunen im Jahr 2003. Aber ob das Gesetz wird, weiß niemand, vermutlich eher nicht. Die Unionsländer werden den Vermittlungsausschuss anrufen; nach wie vor gibt es Ministerpräsidenten, die knallhart Wirtschaftsinteressen vertreten, die daher die Gewerbesteuer am liebsten sofort abschaffen wollen. Andere sehen die finanziellen Probleme der Kommunen, machen diesen selber noch mal Probleme durch Kürzungen in den Landeshaushalten und tendieren daher zu Kompromissen.

Ähnlich beim zweiten Steuerpunkt, der am Freitag entschieden oder besser vertagt werden soll: Die Regierung will die Senkung der Einkommensteuer vorziehen; das soll die Konjunkturoffnungen beleben. Die Wirtschaft ist dafür; allen voran die Automobilindustrie und andere konsumnahe Branchen, die sich von einer Steuersenkung Umlenkung von Kaufkraft in ihre Kassen versprechen. Dabei meinen sie, dass auch eine vor-

Kernpunkte des Merz-Konzept zur Steuervereinfachung

Jeder Steuerpflichtige erhält eine Einkommensteuer-Identifikationsnummer (Steuer-PIN), die die anonymisierte Datenübertragung ermöglicht. • Im Lohnsteuerverfahren wird die jährliche Einkommensteuer-Erklärung ersetzt durch einen elektronischen Steuererklärungsentwurf des Finanzamtes. • Die Gewinneinkünfte werden unter Einbeziehung von Miet- und Pachteinnahmen zu Einkünften aus unternehmerischer Tätigkeit zusammengefasst. Einkünfte aus nicht selbstständiger Arbeit und aus Kapitalvermögen bleiben als selbstständige Einkunftsarten erhalten. • Jeder hat einen einheitlichen Grundfreibetrag von 8000 Euro. Der Eingangssteuersatz wird auf 12 Prozent gesenkt. Der linear-progressive Tarif wird durch zwei weitere Steuerstufen von 24 Prozent ab einem Einkommen von 16 000 Euro und von 36 Prozent ab einem Einkommen von 40 000 Euro ersetzt. • Auch Kinder haben vom ersten Tag an einen einheitlichen Grundfreibetrag. Das Ehegattensplitting bleibt gültig. Ein Privathaushalt wird als Arbeitgeber anerkannt. • Kapitaleinkünfte, die nicht Dividendenzahlungen sind, werden mit 24 Prozent besteuert. • Veräußerungsgewinne aus Wirtschaftsgütern wie Grundstücken, vermietete Immobilien, Wertpapieren unterliegen der Steuerpflicht. Der Verkauf von Gütern, die ausschließlich der Privatsphäre zuzuordnen sind, wie selbst genutzte Immobilien, ist nicht steuerpflichtig. • Es entfallen Steuervergünstigungen für Abgeordnetenbezüge, Sonntags-, Feiertags- und Nachtzuschläge, Abfindungen, Übergangsgelder, Beihilfen, Geburts- und Heiratsbeihilfen, Bergmannprämien, Auslandszulagen, Streikgelder, Trinkgelder etc. Arbeitnehmer haben dafür einen Freibetrag von 1000 Euro. • Der Verlustvortrag für Unternehmen bleibt.

übergehende höhere Staatsverschuldung in Kauf zu nehmen sei. Diese Richtung hat vor allem in den Süd-Ministerpräsidenten Stoiber und Teufel ihre Befürworter; sie wollen auch eher eine gewisse Beruhigung in der politischen Situation, denn das ist für die konsumnahen Geschäfte immer besser als wenn die Ängste um die nähere Zukunft wachsen. Demgegenüber stehen Leute wie der hessische Ministerpräsident Roland Koch, der ganz in Banker-Manier für einen harten Schnitt plädiert: Die Regierung scheitern lassen, das darf ruhig etwas kosten, und man holt sich das dann später wieder rein. Jedenfalls ist sich die Union nicht einig, sie steht unter dem Druck verschiedener Wirtschaftsinteressen. Deshalb wird jetzt erst einmal der Vermittlungsausschuss angerufen und die Entscheidung vermutlich auf die Tage direkt vor Weihnachten verschoben. Und bis dahin darf dann Merz ein bisschen radikal sein. *alk*

Die Vermarktung des öffentlichen Raumes

Das Daimler-Chrysler/Telekom-Versagen bei der Entwicklung des Mautsystems für den LKW-Verkehr auf Autobahnen wirft die Frage auf, wieso die BRD nicht Methoden der Mauterhebung übernommen hat, die sich zum Beispiel in den Transitländern Österreich und Schweiz lukrativ bewähren. Warum diese aufwändige Neuentwicklung?

Möglichkeiten der Technik

Technisch würde das neue Mautsystem zwei infrastrukturelle Vorleistungen ausnutzen. Die eine besteht in dem Satellitensystem, das den Erdball umkreist und Signale liefert, die von jedem Punkt der Erdoberfläche aus abgefragt werden können und den Standort bis auf wenige Meter genau zurückgeben. Gegenwärtig einziger Betreiber eines solchen Systems, des GPS-Systems, ist das US-Verteidigungsministerium. Die EU arbeitet jedoch an der Errichtung eines weiteren, nach Galileo benannten satellitengestützten Ortungsnetzes; es soll 2008 in Betrieb gehen.

Das andere System ist durch die in der BRD beinahe flächendeckend bestehenden Mobilfunknetze gegeben, die es ermöglichen, von jedem Ort des Landes jederzeit Daten an einen Zentralcomputer zu senden.

Das Gerät, dessen Funktion die Telekom und Daimler-Chrysler bisher gemeinsam nicht gewährleisten können, würde in der Lage sein, satellitengestützte Ortsbestimmungen vorzunehmen. Per Mobilfunk an den Mautbetreiber weitergeleitet, würden diese Daten die Grundlage für eine Gebührenabrechnung bieten.

Ökonomische Reize

Straßen entwickeln sich in der bürgerlichen Gesellschaft als öffentlicher Raum. Die Fläche, die sie benötigen, wird aus dem Verwertungszusammenhang der anderen Grundstücke herausgelöst. Ihre Benutzung ist frei. Mautstraßen sind die Ausnahme, schon weil es in den meisten Fällen schwierig wäre, das Ausschlussprinzip normativ und kontrolliert durchzusetzen: Das Kassieren wäre zu teuer. Darüber hinaus muss die Mauterhebung als öffentlich-rechtlicher Akt organisiert werden, weil der gleiche Zugang zur Straße, die Mobilität der Arbeitskräfte und der Güter, Grundbedingung funktionierender Märkte ist.

Durch die technische Entwicklung – satellitengestützte Ortung und Mobilfunk – ändern sich die ökonomischen Bedingungen. Die Durchsetzung des Ausschlussprinzips – wer zahlt fährt, und wer nicht zahlt, kommt auf und wird gestraft – wird technisch möglich und ökonomisch vertretbar, d.h. die Sache finan-

ziert sich aus den realisierbaren Gebühren.

Die Straße, genauer die Mobilität, die sie vermittelt, wird aus einem öffentlichen Gut, das über Steuern finanziert und für alle gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Prozesse kostenfrei zur Verfügung steht, zu einem Marktgut, das mit einem festgesetzten Preis in die Kalkulation der Produkte und Dienstleistungen eingeht.

Folgerichtig lockt auch der Gedanke, den Straßenbau künftig nicht mehr auf dem Steuerwege zu organisieren, sondern über die Maut. Noch mehr lockt wohl der wohlweislich verschwiegene Umstand, dass die Strassen selber von einem Monopol angeboten werden müssen (es können keine konkurrierenden Straßen zwischen zwei Orten gebaut werden), so dass ökonomisch nichts dagegen spricht, mehr, ja sogar viel mehr einzunehmen als kalkulatorisch nötig wäre.

Staatlicher Machtzuwachs

In der Phase der Anpreisung dieses Systems lobten die künftigen Betreiber ausdrücklich, dass es sich auch zur Verkehrslenkung einsetzen lasse. Was heißt das? Es wird möglich, für verschiedene Strecken verschiedene Gebühren anzusetzen und für die gleiche Strecke zu verschiedenen Zeiten verschiedene Gebühren. Es wird darüber hinaus möglich, ganze Räume, z.B. städtische Ballungen als Mautzonen anzulegen. Es wird möglich, die Präsenz verschiedener Verkehrsarten zu erfassen, LKW, PKW, Busse, Geschäftsfahrzeuge, Privatverkehr. Es wird möglich, die Präsenz von Fahrzeugen ziemlich lückenlos nachzuweisen.

Alles in allem ist es verständlich, dass die Sache den Staat lockt. Dass die Aufgabe an ein Betreiberkonsortium übertragen wird, ändert an dem enormen Zuwachs an Interventionsmacht des Staates nicht, schließlich muss das Konsortium nach politisch festgesetzten Regeln arbeiten. Das ist ein weiterer Grund, weswegen die technischen Schwierigkeiten, die sich in diesen Monaten so lebhaft bemerkbar machen, für gering geachtet wurden.

Der Schwerlastverkehr macht nur den Anfang

Gegenwärtig wird das Mautsystem für den Schwerlastverkehr eingeführt. Für die Speditionen ergibt sich aus der Einführung wohl kein Problem (denn sie können die Kosten auf die Kunden weiterwälzen). Man könnte das System auch ökologisch begründen. Kosten, die z.B. der Schienenverkehr pro Frachtstück einfordern muss, muss dann auch der LKW-Verkehr tragen.

Dennoch findet hier eine Vermarktung,

eine Privatisierung des öffentlichen Raumes statt, deren Folgen unabsehbar sind, gerade weil absehbar ist, dass die technischen Möglichkeiten seine Anwendung für den ganzen Straßenverkehr und die Qualifizierung von ganzen Siedlungsräumen regelrecht herausfordern. Besonders, wenn die Verkehrslast in den nächsten Jahrzehnten wie erwartet weiter zunimmt, wird der Gedanke verlockend, das schauerliche Gedränge dadurch zu klären, dass zahlen muss, wer sich ins Getümmel wirft, und zuhause bleibt, wer nicht zahlen will oder kann.

Die gesellschaftlichen Folgen

Bereits die Autobahnen haben, ganz im Sinne ihres Protagonisten Hitler, den Straßenraum neu und hierarchisch organisiert. Autobahnen sind indessen Bauwerke, die Schifffahrtsstraßen oder Eisenbahnlinien gleichen. Bereits bei der Errichtung ist klar, dass sie nur unter Einschränkungen als Teil des öffentlichen Raumes gelten können. Das jetzt ins Auge gefasste System lässt sich aber bereits bestehenden Wegenetzen nachträglich überstülpen. Einmal breit eingeführt, könnte man es sogar Bergsteigern, Wanderern und Fahrradfahrern (z.B. im Falle von Naturparks) aufzwingen. Man müsste sich freischalten lassen oder wäre strafbar; als Schwarzradfahrer, -bergsteiger, -wanderer oder auch -schwimmer. Phantasiert und leere Befürchtung? Konkret kommt es bestimmt ganz anders, aber ganz bestimmt nicht besser.

Sind wenigstens positive Folgen für die Wirtschaftsorganisation zu erwarten? Das ist alles andere als gewiss. Die Folge wird sein, dass der öffentliche Straßenraum den Effizienzbedürfnissen des zahlenden Wirtschaftsverkehrs angepasst wird. Die Annahme, dass die Präsentation der Kosten Verkehr von der Straße drücken würde, ist unrealistisch. Die Logik des Verfahrens führt viel eher zu einem Straßenbau, der völlig rücksichtslos an allen Interessen außer jenen der Zahler vorbeiführt.



Es ist wahrscheinlich ein Weg zu noch mehr Straßen, zu schnelleren Straßen und zum Ausschluss Zahlungsschwacher von der Mobilität. Die Masse der heutigen Strassen ist immer noch multifunktional, gesellschaftlich verbindend, im Sinne von Mobilität auf der Basis wechselseitiger Rücksichtnahme angelegt. Schade drum.

maf



1.11.2003 – 100.000 demonstrieren in Berlin

Die mit 100000 beeindruckende Beteiligung an der zentralen Demonstration gegen Sozialabbau am 1.11. in Berlin wird im Bereich der institutionalisierten Politik mit Achselzucken weggesteckt. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung spricht sogar davon, dass der Protest gegen die Regierungspolitik seinen Platz in der Mitte der Gesellschaft verliere, sozusagen zum linken Rand hin auswandere und ungefährlich wäre, während in der Mitte der Gesellschaft die Akzeptanz eines sehr weitreichenden Umbaus der Sozialsysteme zunähme.

Wenn die Annahme zutrifft, dass die Proteste weithin von Kräften getragen werden, die auf dem außerparlamentarischen Weg versuchen, Einfluss auf die rot-grüne Regierungspolitik (zurück)zugewinnen, dann ist allerdings bemerkenswert, wie eiskalt SPD und Grüne diese Kritiken abfahren lassen.

Lediglich die PDS hat sich der Bewegung zugewendet. Andererseits verfällt die PDS, namentlich im Zusammenhang mit ihren Regierungsbeteiligungen auf Landesebene, ihrerseits deren Kritik. Daneben ist Leuten, die die Politik von SPD und Grüne beeinflussen wollen, nicht viel geholfen, wenn die PDS erstarkt.

Wird die PDS-Petition an den Bundestag, die wir nebenstehend dokumentieren, von PDS-Repräsentanten, die an Regierungen bzw. Kommunalverwaltungen teilnehmen als Dokument der Selbstbindung der Partei aufgegriffen werden? Wird sie in der Bewegung gegen den Sozialabbau Beachtung finden?

Entgegengesetzt zu den Wirtschaftsführern, die sich in der FAZ ausdrücken, wird von gewerkschaftlichen Linken ein Erstarken der Bewegung angenommen. Man sieht die Chance einer umfassenden Gegenmobilisierung, insbesondere wenn die rüden Angriffe der Kapitaleseite weitergehen und, wie etwa zur Zeit bei der Zumutung einer Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich, vom sozialdemokratischen Wirtschaftsminister Clement positiv aufgegriffen werden. maf



Parteivorstand der PDS

Petition an den Deutschen Bundestag

Reformen des Arbeitsmarktes dürfen nicht zu Lasten der sozial Benachteiligten erfolgen und weitere Armut in Deutschland hervorrufen!

Das erwarten wir von den Abgeordneten aller Fraktionen!

Entscheiden Sie bei den anstehenden Reformen des Arbeitsmarktes nach dem Maßstab der sozialen Gerechtigkeit! Überprüfen Sie die Verfassungsmäßigkeit Ihrer Entscheidung! Vergessen Sie nicht, wer über Stellenabbau entscheidet und wer durch Arbeitslosigkeit arm wird!

Sagen Sie NEIN zum Abbau in vielen Jahren errungener sozialer und arbeitsrechtlicher Fortschritte unserer Gesellschaft:

NEIN zur Kürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes ab 2006 auf 12 und bei den über 55-Jährigen auf 18 Monate!

NEIN zu einem existenzbedrohenden Arbeitslosengeld II von 345 Euro im Westen und 331 Euro im Osten!

NEIN zu erhöhter Anrechnung von Ersparnissen und Partnereinkommen auf das Arbeitslosengeld II!

NEIN zu einem verschärften Zumutbarkeitsprinzip in der Arbeitsvermittlung!

NEIN zur beabsichtigten Lockerung des Kündigungsschutzes!

NEIN zu finanziellen Strafen gegenüber Jugendlichen, die mit dem verfassungsmäßigen Recht auf freie Berufswahl nicht jedes Ausbildungsangebot annehmen!

Wir wollen Reformen, die Solidarität und soziale Gerechtigkeit bewahren, gesellschaftliche Fehlentwicklungen verhindern, Chancengleichheit und annähernd gleiche Lebensbedingungen für alle sichern.

Alternativen sind möglich!

Sagen Sie JA zu sozial gerechten und wirtschaftlich sinnvollen Alternativen für den Arbeitsmarkt

JA zu einer Reformpolitik, die die Schaffung von Arbeitsplätzen in den Vordergrund gesetzgeberischen Handelns stellt!

JA zur Erschließung folgender Finanzquellen für neue Arbeitsplätze: Keine weitere Senkung des Spitzensteuersatzes, intensive Unterbindung des Umsatzsteuerbetrugs, schärfere Kontrollen zur Verhinderung von Steuerflucht statt Amnestie der Steuerflüchtlinge!

JA zu einer gesetzlichen Ausbildungsumlage, die jungen Leuten Perspektiven öffnet!

JA zu gesetzlich regeltem Überstundenabbau und zur Verkürzung der Arbeitszeit!

JA zu einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor!

JA zur Anhebung der öffentlichen Investitionsquote auf europäischen Durchschnitt, u.a. durch ein kommunales Infrastrukturprogramm mit Schwerpunkt Ostdeutschland!

Dies ist eine Initiative der Partei des Demokratischen Sozialismus, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, bundesgeschaeftsfuehrer@pds-online.de, www.sozialisten.de.

Bringt die Soldaten sofort nach Hause!

UE, 25. September, 2003: Der Krieg im Irak ist zwar beendet, aber täglich fordert er weitere Todesopfer – Iraker und Amerikaner. Die Sympathien, die man den US-Truppen nach dem Fall von Saddam entgegenbrachte, sind verschwunden, seit Amerikaner in Uniform als Besatzungsmacht auftreten.

Die ohnehin schon astronomischen Kosten für die Besatzung steigen immer weiter, Paul Bremer, der Administrator des besetzten Irak, erklärte im Juli, dass sich die Kosten für den Wiederaufbau des Irak über die nächsten 3 Jahre auf 100 Mrd. Dollar belaufen werden. Aber unabhängige Experten schätzen, dass die Ausgaben für das Militär und den Wiederaufbau bis zu 600 Mrd. Dollar betragen werden.

In einer Zeit, in der die öffentliche Hand immer mehr Arbeitskräfte entlässt und die notwendigsten Sozialprogramme immer weiter gekürzt werden – auch die Ausgaben für die Sicherheit – ist es moralisch nicht vertretbar, der Bushregierung diese riesigen Summen zu bewilligen, damit sie ihre Ziele im Irak durchsetzen kann.

Ein großer Teil dieser Gelder wird in den Taschen jener Konzerne landen, die enge Beziehungen zum Weißen Haus haben. Am meisten wird dabei die Firma von Vizepräsident Cheney, Halliburton, einstecken, mit ihren Sonderverträgen werden sie einen Gewinn von 400 Mio. Dollar machen können, ein Gewinn, der vom amerikanischen Steuerzahler subventioniert wird. Die Fa. Bechtel hat staatliche Aufträge im Wert von 680 Mio. Dollar erhalten, u.a. um die Kanalisation und die Wasserversorgung im Irak zu modernisieren. Diese Jagd nach Profiten wird von amerikanischen Soldaten beschützt, die selbst täglich von neuen Angriffen bedroht werden. Das Ziel dieser Regierung ist die Privatisierung der Wirtschaft im Irak und die Errichtung einer Freihandelszone in dieser Region, der Gewinner dieser Politik wird das amerikanische Big Business sein, nicht die irakischen Arbeiter.

Nachdem durch den Krieg so viele Arbeitsplätze zerstört worden sind, sind heute viele irakische Familien völlig mittellos. US-Soldaten haben Ende Juli Demonstranten der Vereinigung der Arbeitslosen angegriffen, als sie gegen die schlechte Behandlung der Arbeitslosen durch amerikanische Konzerne und das Militär friedlich protestieren wollten. Die Verhaftung von 52 führenden Mitgliedern dieser Vereinigung am 2. August zeigt deutlich, welche Art von „Demokratie“ die Bushregierung im Irak anstrebt.

Es liegt in der Natur der Sache, dass man Demokratie nicht von oben nach un-

ten erzwingen kann. Die Menschen im Irak sollten über ihre Zukunft selbst bestimmen können und die Verfügungsgewalt über ihre eigene Ressourcen erhalten. Das wäre die einzige demokratische Lösung.

Die Delegierten der 67. UE Konferenz im September haben damals erklärt, dass „die Bushregierung die Bedrohung durch den Irak absichtlich aufgebauscht hat, um den Wehretat künstlich aufzublähen, um ihren Freunden in der Ölindustrie die Kontrolle über die Ölproduktion im Nahen Osten zu ermöglichen und um bei den Wahlen die Kandidaten der Republikanischen Partei zu unterstützen, die die Interessen der Großkonzerne vertreten. Das alles wird uns nicht vor Terroristen schützen, sondern die Arbeiter in den USA und im Ausland benachteiligen.“

Wir meinen, dass die Ereignisse der letzten Zeit diese Erklärung bestätigt haben. Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Saddam war ein grausamer Tyrann, niemand wünscht sich seine Herrschaft zurück. Aber wir sollten uns nicht täuschen lassen, die Amerikaner wurden nicht wegen der Verbrechen Saddam Husseins in den Krieg geschickt. Dafür gibt es in der Welt zu viele Diktatoren. Aber nicht jeder Diktator kontrolliert die zweitgrößten Ölreserven der Welt. Das konnte nur Saddam – bis er von der mächtigen USA vertrieben wurde. Saddam Husseins blutrünstiges Regime ist von den früheren amerikanischen Administrationen mit Material unterstützt worden, auch von der ersten Bushregierung, solange sein Regime für die Ziele der US-amerikanischen Außenpolitik von Vorteil war.

Präsident Bush hat das amerikanische Volk über die Gründe für den Krieg mehrfach belogen, Öl hat er dabei nie erwähnt. Er hat versucht, das Regime im Irak mit dem Netzwerk der Terroristen in Verbindung zu bringen. Diese Verbindung gibt es aber nicht. Er hat behauptet, dass der Irak über chemische und biologische Waffen verfügt und weiterhin produziert. Aber diese Waffen existieren nicht. Bush benutzte gefälschte Informationen, um zu beweisen, dass der Irak in Nigeria Uran kaufen würde. Inzwischen musste er gezwungenermaßen zugeben, dass diese Informationen falsch waren und nun hofft er, dass alle seine anderen Lügen übersehen oder vergessen werden.

Wir sind gegen diesen Krieg, denn von Anfang an war uns das Schicksal der Frauen und Männer in Uniform wichtig, viele von ihnen sind unsere Mitglieder, Verwandte, Freunde und Kollegen. Wir werden keine Ruhe finden, bis sie alle außer Gefahr und wieder sicher zu Hause sind. Nach unseren Erfahrungen mit dem Krieg in Afghanistan glauben wir unse-

rer Regierung nicht mehr, wenn sie uns schnelle Siege verspricht oder behauptet, sie kümmere sich um das Wohl der Soldaten.

Das beste Geschenk, das wir den Männern und Frauen in den Streitkräften machen können, ist eine neue, demokratische Außenpolitik, die den Interessen des amerikanischen Volkes dient und nicht den Interessen der Konzerne – eine Politik, die den Frieden und die Sicherheit fördert, auf der Grundlage des Rechtsstaats und dem Willen der Gemeinschaft der Nationen, der durch die UNO repräsentiert wird.

Daher hat die 68. Delegiertenkonferenz der UE (24.–26.8.2003) folgende Resolutionen verabschiedet:

„Wir rufen die Regierung Bush dazu auf, sämtliche militärische Operationen im Irak und in Afghanistan sofort einzustellen und die Soldaten der US Streitkräfte nach Hause zu entlassen. Der Wiederaufbau des Irak soll von einer wirklich multinationalen Friedenstruppe organisiert werden, unter der Kontrolle der Vereinten Nationen, und die Vereinigten Staaten sollen ihrer Verpflichtung nachkommen, den Wiederaufbau zu finanzieren.“

Wir unterstützen die Organisationen „Bring them Home Now“ (bringt sie sofort nach Hause), „Military Families Speak Out“ (Angehörige der Soldaten protestieren), „Veterans for Peace“ und ähnliche Initiativen.

Wir fordern die Ernennung eines unabhängigen Untersuchungsausschuss im Kongress, um die Kriegsprofite und die Machenschaften zu untersuchen, die zu der Vergabe der lukrativen Verträge zum Aufbau des Irak geführt haben.

Wir unterstützen alle Maßnahmen die verhindern sollen, dass die Industrie, die Serviceindustrie und die natürlichen Ressourcen des Irak von den mächtigen multinationalen Konzernen übernommen werden.

Wir unterstützen das Recht der irakischen Arbeiter, sich gewerkschaftlich zu organisieren.

Wir unterstützen das Bündnis „Labor against War“ und die Konferenz des Bündnisses „US Labor for Peace“ am 24.–26. Oktober 2003, wir rufen alle Ortsgruppen und Betriebsgruppen dazu auf, Delegierte zu dieser Konferenz zu schicken.

Wir halten es für dringend erforderlich, dass auf allen Ebenen der UE weiterhin über den Irakkrieg und die Besatzung diskutiert wird, dass wir uns informieren und uns an allen Aktionen beteiligen, die gegen die Besatzung des Irak protestieren.

Quelle: ZNet 25.9.2003, www.zmag.org, Übersetzung: Hanne Corniels, www.forumaugsburg.de



Mit einem landesweiten Protesttag hat die US-Friedensbewegung am 1. November ihre Forderung nach Abzug der US-Truppen aus dem Irak bekräftigt. „Bush ist ein Lügner“, „Militärfamilien und Veteranen fordern: Bringt unsere Jungs nach Hause!“ und andere Parolen waren auf den Aktionen (Bild: Washington) zu sehen. Am 6. Dezember soll erneut ein landesweiter Protesttag gegen die fortdauernde Besetzung des Iraks durch US-Truppen organisiert werden. (Fotos: Indymedia)

„Hinter Mauern wächst kein Friede“

Unter dieser Parole rufen palästinensische Agrar- und Umweltorganisationen für den 9. November zu einem „Internationalen Protesttag gegen die Mauer“ auf. Gemeint ist die von israelischem Militär errichtete „Sicherheitsmauer“ aus Beton um israelische Siedlungen im besetzten Palästina und zwischen israelischem und palästinensischem Gebiet. In einer Unterschriftensammlung, die unter anderem von der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft in Berlin organisiert wird, wird die „sofortige Beendigung des völkerrechtswidrigen Baus der ‚Apartheid-Mauer‘ verlangt und kritisiert:

„Was angeblich Sicherheit für Israel bringen soll, zerstört ausschließlich palästinensischen landwirtschaftlich genutzten fruchtbaren Boden und vernichtet damit die oft einzige Einkommensquelle palästinensischer Bauern. Über 31 Grundwasserquellen palästinensischer Dörfer werden dadurch auf die israelische Seite gebracht. 2.200 Tonnen Olivenöl pro Saison, Produktion von 50 Tonnen Früchten und 100.000 Tonnen Gemüse und damit die Lebensgrundlage von vielen palästinensischen Familien werden zerstört. 100 Gebäude und Wohnhäuser wurden bereits zerstört, weitere sollen noch folgen. Ca. 14.000 Menschen werden in der Pufferzone, der „Sicherheitszone“ zwischen Mauer und grüner Grenze, von der Westbank getrennt. Weitere Bauphasen sind geplant, um Siedlungen im Zentrum der Westbank einzuschließen. Die Errichtung eines palästinensischen Staates würde dadurch verhindert.“

(www.pengon.org)

Türkei: Proteste in kurdischen Städten

In den kurdischen Städten der Türkei nehmen die Demonstrationen und Auseinandersetzungen mit der Polizei wieder zu. Vor allem Frauen und Jugendliche unterstützen die von der PKK-Nachfolgeorganisation KADEK ausgerichtete Kampagne für Frieden und eine demokratische Lösung der kurdischen Frage in der Türkei. Außerdem fordern sie eine Verbesserung der Haftbedingungen des auf der Insel Imrali inhaftierten KADEK-Ehrenvorsitzenden Öcalan.

Gleichzeitig geht der seit einem Monat andauernde Hungerstreik von 170 Gefangenen aus dem KADEK-Spektrum in 17 Gefängnissen für demokratische Reformen weiter.

In Diyarbakir wurden mehr als 150 Menschen festgenommen, als sie vor dem Justizgebäude eine Änderung ihres Namens gefordert hatten. Im Rahmen der EU-Anpassungsgesetze hatte das türkische Parlament kurdische Vornamen genehmigt. Nachträglich erließ das türkische Innenministerium aber ein Verbot von Namen mit den Buchstaben Q, X und W, da diese nicht im türkischen Alphabet vorkommen. Ein Großteil der kurdischen Namen ist damit weiterhin illegal. Als Reaktion darauf haben zahlreiche Kurden bei den Gerichten Anträge auf die Beibehaltung der Namen in der kurdischen Schreibweise gestellt. So beantragte der Istanbuler Vorsitzende der prokurdischen Demokratischen Volkspartei DEHAP, Metin Toprak, eine Änderung seines Namens in Welad Amedi, da seine Eltern ihm zu Zeiten des offiziellen Kur-

disch-Verbots diesen Namen nicht geben konnten. Auch Betreiber von Schulen für kurdische Sprache werden weiter schikaniert. So wurde in Batman dem Betreiber einer solchen Schule die Zulassung mit dem „Argument“ verweigert, seine Schultür sei nur 85 cm breit, vorgeschrieben seien 90 cm. (nach junge welt, 1.11.03)

Proteste gegen Morde an Frauen in Mexiko

„Seit 1993 sind in den mexikanischen Städten Ciudad Juárez und Chihuahua 370 Frauen ermordet worden. Mindestens ein Drittel dieser Frauen war vor ihrem Tod massiver sexueller Gewalt ausgesetzt. 75 Leichen konnten bislang nicht identifiziert werden. Die meisten Taten sind bis heute nicht aufgeklärt.“ Mit diesem Vorwurf haben mexikanische Frauenorganisationen eine Kampagne gestartet, mit der sie auch im Internet Unterschriften sammeln, um diese an die mexikanische Regierung und den obersten Gerichtshof des Staates Chihuahua zu schicken.

„Nach Angaben von lokalen Menschenrechtsorganisationen sind weitere 400 Frauen spurlos ‚verschwunden‘. Viele Opfer arbeiteten in der Nähe der Grenze zu den USA in Fabriken, die von ausländischen Firmen errichtet wurden, um das niedrige Lohnniveau auszunutzen“, schreiben die Organisatorinnen.

Ein Bericht des Lateinamerika-Pressedienstes Poonal beschreibt die Situation in der Gegend südlich von El Paso: „In dieser etwas trostlosen Gegend floriert nicht nur der grenznahe Drogenhandel, der die Kriminalitätsraten in die Höhe schießen ließ. In der Umgebung haben sich viele Maquilas angesiedelt, sogenannte Teilfertigungsfabriken. Hier lassen große US-amerikanische oder japanische Unternehmen die arbeitsintensiven Phasen der Produktion erledigen, zum Beispiel in der Textilindustrie. Die Löhne, die in den Maquilas gezahlt werden, sind ärmlich, die Arbeitsbedingungen prekär. Die große Mehrheit der Maquilas-Beschäftigten sind Frauen –weil sie im Gegensatz zu Männern bereit sind, so niedere Tätigkeiten anzunehmen, um ihre Kinder zu ernähren. Andere arbeiten in der Prostitution, in Bars oder als Kellnerin in Restaurants... Die Vereinzelung, Armut und Arbeitsschichten, die oft mitten in der Nacht aufhören, machen es potentiellen Frauenmördern leicht.“ Inzwischen mehren sich auch ungeklärte Morde an Frauen in der Provinzhauptstadt. Gemeinsam mit amnesty international haben die Frauenorganisationen deshalb ihre Kampagne gestartet. Durch koordinierte Aktionen, unterstützt von Frauengruppen in benachbarten Städten der USA, soll der Druck auf Regierung und Justiz erhöht werden, um die Morde aufzuklären und die Täter zu fassen.

Zusammstellung: rül

MANNHEIM. An drei Tagen vom 23. bis 25. Oktober 2003 führten 25 kurdische Frauen und Männer auf dem Paradeplatz im Zentrum von Mannheim einen Hungerstreik durch. Mit dem Hungerstreik, Teil einer europaweiten Kampagne der Konföderation kurdischer Vereine, wollten sie auf ihr Anliegen – demokratische und friedliche Lösung – aufmerksam machen.

Zentrale Forderung dabei: Anerkennung der kurdischen Identität und der Bürgerrechte für alle KurdInnen in der Türkei! Sie forderten außerdem ein Ende der lebensbedrohlichen Isolationshaft von Abdullah Öcalan und eine Generalamnestie für alle politischen Gefangenen.

Kommunal-Info Mannheim, scr



Kirche von unten unterstützt Strafanzeige gegen Kardinal Meisner

KÖLN. Die Initiative Kirche von unten (IKvU) begrüßte am 30.10.2003 die Strafanzeige, die der Kölner Lesben- und Schwulentag (KLuST) gegen Kardinal Meisner gestellt hat. Der Kölner Erzbischof hatte in Budapest auf einer Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Hanns-Seidel-Stiftung im Zusammenhang mit Schwulen und Lesben von „Todeskeimen“ gesprochen, die „den gesunden Organismus vergiften“ und die „der europäische Mensch“ „ausschwitzten“ müsse. Mit dieser Sprache dokumentiert Meisner seine geistige Heimat: eine Mentalität, die alles aus der Gesellschaft ausgrenzt, was nicht der Norm entspricht. „Der Erzbischof von Köln reproduziert in übelstem Gossengeschwätz und verspielt damit auf skandalöse Weise die Würde seines Amtes. Jeder andere in leitender Position hätte aufgrund solcher Äußerungen längst sein Amt verloren, doch die Bischofskonferenz duckt sich feige und wartet darauf, bis sich das öffentliche Interesse anderem zuwendet. Doch dieser Bischof ist eine Schande für sein Amt und für sein Bistum“, so Verena Mosen für die IKvU.

www.ikvu.de

Welt-Aids-Tag 2003 am 1. Dezember „Ausgrenzung abwehren“

BERLIN. Mit dem Motto „Ausgrenzung abwehren“ beteiligen sich die Deutsche AIDS-Hilfe e.V. (DAH) und die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) an der weltweiten Kampagne rund um den Welt-AIDS-Tag 2003 am 1. Dezember. Unterstützt werden sie dabei von vier Abwehrspielern des FC Bayern München, allesamt Nationalspieler: Robert Kovac (Kroatien), Owen Hargreaves (England), Sammy Kuffour (Ghana) und Willy Sagnol (Frankreich) waren sofort bereit, als „Blickfänger“ auf das Thema aufmerksam zu machen. „Wir selbst haben zum Glück wenig Probleme mit Aus-

grenzung“, sagt Sammy Kuffour, „aber wir wissen, was Diskriminierung bedeutet und dass man sie abwehren muss!“

Die internationale Welt-AIDS-Kampagne mit dem Titel „live and let live“ (leben und leben lassen) will auf Ausgrenzung – z. B. von kulturellen oder sexuellen Minderheiten, aber auch von Menschen mit HIV und AIDS – und ihre schädlichen Folgen hinweisen, zum Engagement gegen Diskriminierung aufrufen und für Solidarität werben. Im Zentrum der deutschen Kampagne steht dabei die Situation von Migrantinnen und Migranten hierzulande: Ihr Anteil an den neu festgestellten HIV-Infektionen ist in den letzten Jahren stark gestiegen. „Ausgrenzung abwehren gilt aber für jede Diskriminierung und auch im internationalen Maßstab“, erklärt die Geschäftsführerin der Deutschen AIDS-Hilfe, Hannelore Knittel. „Diskriminierung erschwert den Umgang mit der Epidemie und auch die Aufklärung – und sie verstärkt die Wucht, mit der AIDS Einzelne, Familien, Gesellschaften und ganze Regionen trifft.“

www.aidshilfe.de



„Einlass nur für Weiße?“ – Opferberatung kritisiert Diskotheken

ROSTOCK. Offenbar werden Menschen mit dunkler Haut an einigen Türen von Diskotheken in Mecklenburg/Vorpommern gezielt abgewiesen. Dem Beratungsverein für Betroffene rechter Gewalt LOBBI wurde von mehreren derartigen Fällen berichtet. So soll afrikanischen Gästen in Pasewalk, Bad Doberan und Rostock der Eintritt verwehrt worden sein. Auch in Anklam erhielten Asylbewerber keinen Einlass. Der dortige Diskothekenbesitzer initiierte auch Aktionen gegen ein geplantes Flüchtlingsheim. Die wenigen Möglichkeiten von Flüchtlingen, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, werden damit weiter beschränkt. Mit einem solchen Vorgehen unterstützen die Diskotheken-Betreiber die Aktionen von Neonazi-Schlägern. Schon jetzt meiden einige Asylbewerber derartige Veranstaltungen aus Angst vor rechten Angriffen. Dass Menschen nur aufgrund ihrer Hautfarbe oder ihrer Herkunft von öffentlichen Veranstaltungen ausgeschlossen werden, ist nicht hinnehmbar. Zwar gibt es in der Bundesrepublik Deutschland noch kein Anti-Diskriminierungsgesetz, eine derartige Praxis ist aber grundgesetzwidrig und könnte zu einem Fall für die Gewerbeaufsicht werden.

www.lobbi-mv.de

Innensenator gewinnt Big Brother Award wegen Handymanipulation

BIELEFELD. Einer der begehrten Big Brother Awards ging in diesem Jahr nach Berlin. Der bekannte Preis von Datenschützern und Bürgerrechtlern wurde am 24.10.2003 in Bielefeld u.a. an den Berliner Innensenator Dr. Erhardt Körting überreicht. Der Preis wird alljährlich für herausragende Leistungen bei der Demontage des Datenschutzes und der Bürgerrechte verliehen. Mit der Preisverleihung wird der besondere Einsatz Körtings für die umstrittene Fahndungsmethode stille SMS gewürdigt. Mit Hilfe der

stillen SMS gelingt es der Berliner Polizei, den Standort von Straftatverdächtigen zu ermitteln. Mittels einer unbemerkt am Handy eingehenden und von der Polizei versandten SMS verrät das Gerät dem Telekommunikationsnetz den jeweiligen Standort des Betroffenen. Körtling hatte den Einsatz dieses nach Auffassung von vielen Juristen rechtswidrigen Eingriffs in Grundrechte mit dem besonders originellen Argument verteidigt, man müsse sich entscheiden, ob man „Täter oder Opfer von Straftaten schützen wolle“. Die Humanistische Union, einer der Mitveranstalter des Big Brother Award warnt vor einem zunehmenden Schaden für Grundrechte und Demokratie durch unverhältnismäßige Grundrechtseingriffe. Sie fordert aktive Schutzmaßnahmen des Staates zur Rettung des in Artikel 10 Grundgesetzes geschützten Fernmeldegeheimnisses.

www.humanistische-union.de

„Stoppt alle Abschiebungen“ Aktionen bei Innenministertagung

JENA. Vom 19. bis zum 20. November treffen sich die Innenminister der deutschen Bundesländer in Jena. Aus diesem Anlass rufen „The Voice Africa Forum“, die Brandenburger Flüchtlingsinitiative, Die Karawane und andere Flüchtlingsgruppen zu einem breiten Protest auf. Während der Konferenz soll es Demonstrationen, Kundgebungen, Kampagnen, Hearings und Diskussionen zu Abschiebung und Residenzpflicht sowie internationale Solidaritätsveranstaltungen zu Togo, für die Roma und für den Iran geben. Auch kulturelles Programm ist in Planung mit Percussion, Konzerten und Ausstellungen, einschließlich widerständiger und spaßvoller Straßenkunst. Eine bundesweite Demonstration beginnt am Donnerstag, den 20. 11. 03 ab 13 Uhr vom Holzmarkt im Stadtzentrum Jena.

www.basicrights.de/munich

„Gedenken alleine reicht nicht aus“ VVN-BdA zum 9. November

BERLIN. Zum Jahrestag der antijüdischen Pogrome vom 9. November 1938 schreibt die Bundesvereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA): „Mit dem jährliche Gedenken an den 9. November 1938 ehren wir die Menschen, denen in und seit jener Pogromnacht – legitimiert durch die deutsche Rassegesetzgebung – als „Nichtarier“ zuerst das Bürgerrecht eingeschränkt und schließlich im Dauerpogrom der „Endlösung der Judenfrage“ das Leben genommen wurde. Das Nein zum Antisemitismus und jede moralische Entrüstung über den aktuellen Antisemitismus bleiben wichtig, aber sie reichen nicht aus, um im Denken tiefverwurzelte antisemitische Vorurteile zu überwinden. Gedenktage wie der 9. November müssen im Lebenslauf aller Nachgeborenen verbleiben, damit die

Frage wach gehalten wird, ob etwa der primitive Mechanismus der Erklärung von Krisen und Katastrophen immer noch mit (organisierter) Pogromstimmung gegen Sündenböcke funktioniert oder ob verantwortliche Bürger eine sachliche Ursachendiskussion solcher Konflikte fordern. Jährliches Erinnern an die Pogromnacht von 1938 hat auch die Aufgabe, die entschuldigenden Floskeln von: „Wir wussten doch gar nichts“ bis zu: „Man konnte sowieso nichts machen“ zu entlarven. Jedes Gedenken an die Opfer der faschistischen Ideologie ist aufs Neue eine Herausforderung zur Solidarität, die auch heute lebensrettende Bedeutung für Gerechtigkeit und Frieden hat. Zivilcourage wurzelt im steinigen Boden der Kenntnis unserer Geschichte. Aber gerade diese Kenntnis ist Bedingung dafür, dass nicht neue Entschuldigungsfloskeln zur Alibirhetorik verweigerter Solidarität werden. Solidarität aber ist heute wichtiger denn je. Sie gegen Antisemitismus und Neofaschismus zu engagieren bleibt gemeinsame Aufgabe für uns alle, unabhängig von Religion, Weltanschauung und Herkunft. Der Antisemitismus ist nicht allein eine Bedrohung jüdischer Menschen – er richtet sich gegen jegliche Form demokratischen und humanistischen Lebens. Deshalb müssen wir uns ihm auch gemeinsam entgegen stellen.“

www.nrw.vvn-bda.de

Unterschriftenaktion für Biowaffenverbot

BERLIN. Die Ärzteorganisation IPPNW, the sunshine project, BdWi, vdw, Greenpeace und medico international fordern in einer gemeinsamen Unterschriftenaktion klare Grenzen für die Deutsche Biowaffen-Forschung:

„Die Kontrolle biologischer Waffen befindet sich in einem katastrophalen Zustand. Die US-Regierung torpediert alle Versuche, das globale Biowaffen-Verbot zu stärken. In dieser schwierigen Situation sind eigenständige Maßnahmen einzelner Staaten die einzige Chance, doch noch ein biologisches Wettrüsten zu verhindern. Auch die Bundesregierung ist jetzt gefordert, ein deutliches politisches Signal zu setzen: ein Signal für eine biologische Rüstungskontrolle und gegen den ungehemmten militärischen Missbrauch von Bio- und Gentechnologie. Unterstützen Sie mit Ihrer Unterschrift die Forderung an Außenminister Fischer und Verteidigungsminister Struck, für die deutsche Biowaffen-Abwehrforschung klare Grenzen und vollkommene Offenheit zu garantieren.

Mehr Info und Unterschriftenlisten unter: www.ippnw.de

Proteste der Studierenden gegen Studiengebühren in Hessen

FRANKFURT A.M. Zwei Tage nach der Entscheidung des Hessischen Landeskabinetts zur Einführung von Langzeitstudiengebühren haben sich am 29. Oktober 2003 an der Johann Wolfgang Goethe-Universität mehr als 5.000 Studierende auf dem Campus versammelt, um gegen Studiengebühren zu protestieren (Bild). Anschließend zogen 2.000 zur Frankfurter CDU-Kreisgeschäftsstelle. Einstimmig beschlossen die Studierenden eine Resolution, in der es heißt: „Aufs Schärfste verurteilen wir das Vorhaben der hessischen Landesregierung, die Erträge aus Langzeit- und Zweitstudiumsgebühren zur Sanierung des Landeshaushalts zu verwenden. Gleichzeitig wenden wir uns gegen die Kürzung des hessischen Hochschuletats um 30 Millionen Euro. Statt dessen fordern wir Reformen zur Sicherung der Chancengleichheit beim Hochschulzugang und die Garantie auf ein kostenfreies Studium und eine eltern-unabhängige Finanzierung. Wir kritisieren die eklatante Kurzsichtigkeit der hessischen Landesregierung und fordern



sie auf, das Studienguthabengesetz und das Gesetz zum Verwaltungskostenbeitrag umgehend zurückzunehmen!“

Zur gleichen Zeit fand an der Universität Gießen zum selben Thema eine Vollversammlung statt, an der 2.500 Studierende teilnahmen.

Auch die Vollversammlung der Uni Kassel bekräftigte mit einer Demonstration von 700 Studierenden zur Kasseler CDU-Geschäftsstelle ihre Forderungen. Einstimmig verabschiedete die Vollversammlung außerdem eine Aufforderung an das Uni-Präsidium, dem Ministerpräsidenten Koch angesichts seiner Vergehen gegen ein gebührenfreies Studium Hausverbot zu erteilen.

Als nächster Termin wird die Großdemonstration am 18.11.2003 in Wiesbaden vorbereitet, welche sich u. a. auch gegen das Sparpaket der hessischen CDU-Landesregierung richtet als auch gegen die geplanten Studiengebühren.

www.asta.uni-frankfurt.de
www.innovative-liste.de

Alles was Recht ist – Zu viel des Guten

In der lebhaften Polemik rund um das Konkordat (dokumentiert bei www.ib-ka.org) wird die Form des Vertrages kritisiert (unkündbar, internationales Abkommen), es wird festgehalten, dass eine Privilegierung der kath. Kirche vorliegt und weiter dass damit einer Missionierung der mit 70 Prozent kirchenferner Brandenburger gefördert würde. Beunruhigend bleibt dabei, dass diese Kritik auf das tatsächliche Geschehen nicht durchgreift. Das Konkordat wird also kommen und bundesweit wird das Netz der Verträge ausgebaut, die den christlichen Kirchen Privilegien sichern. Warum läuft das so, obwohl die Kritik ausführliche und treffende Argumente vorzutragen hat (siehe die nebenstehend dokumentierte Stellungnahme)?

In der neueren politischen Theorie kommt vor allem John Rawls mehrfach darauf zu sprechen, dass die politischen Ansichten, die in modernen Gesellschaften wirken, sich ordnen ließen unter Ansichten einerseits „vom Rechten“ und andererseits „vom Guten“. Was als das Rechte Gesetz werden kann, muss unter anderen Gesichtspunkten und mit anderen demokratischen Verfahren entschieden werden als die Feststellung dessen, was Menschen für „gut“ halten.* Rawls argumentiert, das Rechte und das Gute ergänzen einander, das Rechte ziehe die Grenze, das Gute zeige den Sinn. So weit Rawls.

Es leuchtet auf den Schlag ein, dass nackter Terror der Tugend folgen muss, wo immer welche versuchen, den ganzen Katalog dessen, was sie für „gut“ halten, anderen Leuten aufzuherrschen. Genau so sicher ist umgekehrt, dass eine Gesellschaft politisch nicht so weit geregelt werden darf, dass es mir nicht mehr möglich ist, mein Glück zu suchen, wie es mir wohl und keinem weh tut.

Der Diskurs über das Rechte bringt typische Regeln und Institutionen hervor, Einrichtungen im politischen Raum, die allgemein verbindlich, eben durch Gesetz in die Welt gesetzt werden.

Andere Regeln und Organisationen erzeugt der Diskurs über das Gute. Die Freiheit, solche Regeln anzunehmen oder abzulehnen und Organisationen, in denen sie entwickelt, gepflegt, verwirklicht oder geheuchelt werden, verlassen zu können, muss ihren Wirkungskreis einschränken.

Das Feld des „Guten“ ist unendlich weit. Die durch Lebensumstände, Biografie, Erfahrungen und Nachdenken gewonnene Blick auf dieses Feld erzeugt unvermeidlich unterschiedliche Meinungen vom Guten, die im gesellschaftlichen Raum sich begegnen und miteinander streiten.

Es ist nicht immer einfach, festzustellen, ob soziale Institutionen sich auf gemeinsame Vorstellungen von Rechten

oder vom Guten beziehen. Da sind die staatlichen Institutionen, die auf Über-einkünfte über das Rechte gegründet sein sollten, da sind die Parteien, die unter beiden Aspekten diskutieren, wobei der Bezug auf die Gesetzgebung dem eine Grenze zieht, was in Parteien letztlich sinnvoll thematisiert werden kann. Und da sind auf dem anderen Pol die Kirchen und Glaubensgemeinschaften aller Art, bei denen es darum geht, was „gut“ sei, und die davon auch umfassende Lehren geben. Die Tendenz solcher Organisationen, ihre Meinung vom Guten vermittelt staatlichem Zwang durchzusetzen, ist geschichtsbekannt.

In der reinen Welt der Normensetzung läßt sich die institutionelle Trennung von Rechtem und Gutem durchhalten. In der gesellschaftlichen Praxis kommt der Umstand der Abhängigkeit dazu. Also: Wenn ich ein Sozialpädagoge auf einem schwierigen Arbeitsmarkt bin, kann es geschehen, dass ich nicht rechtlich gezwungen, aber sozial genötigt bin, mich zu einer Kirche und damit zu einem ganzen Komplex von Ansichten über das Gute zu bekennen, die an mir, Betroffene drücken es oft recht drastisch aus, vorbeigehen. Es wird also dort heikel, wo Verbände, die sich auf Meinungen über das Gute gründen, durch so genannte gute Werke tätig werden.

Die Tendenz, das Geflecht von Kirchenstaatsverträgen und Konkordaten auszubauen und zu festigen, steht in dem Zusammenhang der Öffentlichkeit, soziale Dienste und Leistungen solchen, auf das Gute gerichtet, mild- und wohltätigen Organisationen zu übertragen.

Das ist eine Entwicklung, die nicht nur in der oben angedeuteten Aspekten der Schikane abhängig Beschäftigter gefährlich ist. Die Ausgestaltung der entsprechenden öffentlichen Dienste durch die demokratische Öffentlichkeit wird erschwert, wo nicht unmöglich.

Letztlich mehren sich die Fälle, in denen in sozialen Einrichtungen wie Schulen, Krankenhäusern, bei karitativen Diensten usw. nicht mehr Pluralität gelebt und geübt wird, sondern um das Gute geeifert.

Die Auseinandersetzung mit dieser gefährlichen Tendenz wird zusätzlich noch dadurch erschwert, dass das Ausgreifen bekenntnisgebundener sozialer Einrichtungen kritisiert werden muss, während die rechtliche und faktische Zurücksetzung der jüdischen und muslimischen Religionsgemeinschaften sowie der starken Freidenkerverbände ebenfalls eine Gefahr für die plurale Organisation der Gesellschaft darstellt und ausgeglichen werden muss. *maf*

* John Rawls, Gerechtigkeit als Fairneß, Ein Neuentwurf, Suhrkamp 2003, S. 218, „Die Ideen des Guten in der Fairneß-Konzeption der Gerechtigkeit“

Nicht Unterzeichnen!

Gemeinsame Stellungnahme vom 28. Oktober 2003 von sechs Verbänden zum beabsichtigten Konkordat (Vertrag) zwischen dem Land Brandenburg und dem Heiligen Stuhl. Beabsichtigte Unterzeichnung des Konkordats: 12. November. Abstimmung im Landtag über das Konkordat: 14. November*

Vorangestellte Thesen:

1. Das Konkordat ist nicht erforderlich.
2. Das Konkordat ist faktisch unkündbar.
3. Das Verfahren zur Vertragserstellung ist undurchsichtig und unparlamentarisch.
4. Den Sonderrechten und Privilegien für die katholische Kirche stehen keine angemessenen Leistungen gegenüber. Die effektiven Kosten des Konkordates übersteigen bei weitem die auf den ersten Blick ersichtlichen 1,15 Millionen Euro pro Jahr.

Vorangestelltes Fazit:

Der Ministerpräsident wird dringend aufgefordert, das Konkordat nicht zu unterzeichnen. An die brandenburgischen Landtagsabgeordneten wird appelliert, ihrer demokratischen Verantwortung gerecht zu werden und das Konkordat im Landtag abzulehnen.

1. Das Konkordat ist nicht erforderlich.

Eine Notwendigkeit zum Abschluß des Konkordates besteht nicht.

In vielen Teilen wiederholt der Vertragstext bestehende gesetzliche Regelungen und ist insoweit überflüssig.

Die von der katholischen Kirche gewünschte zusätzliche Absicherung bereits bestehender Rechte auf der angestrebten überstaatlichen Ebene, zeigt das tief verwurzelte Mißtrauen der selbst undemokratisch verfassten katholischen Kirche gegenüber Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auf.

Der katholischen Kirche ist es – wie jedem anderen Rechtsteilnehmer auch – zuzumuten sich auf die bestehende Gesetzeslage zu verlassen und keine Extraversicherung auf „internationaler“ Ebene zu verlangen.

Gleichzeitig verschleiern harmlos erscheinende Formulierungen den Blick auf die vielfältigen privilegierenden Sachverhalte des Konkordates.

Die Vertragsinhalte, die jedoch der katholischen Kirche ausschließlich, oder lediglich neben der evangelischen Kirche in Brandenburg, eingeräumt werden, müssten dem Gleichheitsgrundsatz entsprechend, allen derzeitigen und möglicherweise zukünftigen Weltanschauungs- und Religionsgemeinschaften in Brandenburg eingeräumt werden.

Geeignetes Mittel hierzu ist nicht der Weg über Einzelverträge mit jeder dieser Gemeinschaften, sondern – unter Vermeidung von Einzelfallregelungen – der Weg des allgemeinen Gesetzes. [...]

2. Das Konkordat ist faktisch unkündbar.

Der Vertrag enthält dauerhafte Regelungen.

Normalerweise enthalten Verträge, die auf Dauer angelegt sind – dies ist jedem Verbraucher, der einen Handy- oder Mietvertrag abschließt, bekannt – Kündigungsklauseln. Es kann sich jederzeit eine Situation – gewollt oder ungewollt – ergeben, die die Lösung von einem Vertrag erforderlich machen.

Dieses Konkordat enthält allerdings keine Kündigungsklausel.

Stattdessen gibt es mit Artikel 23 eine sogenannte „Freundschaftsklausel“.

Hierin wird festgestellt, dass bei „Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder Anwendung einer Bestimmung dieses Vertrages“ diese auf freundschaftlichem Wege ausgeräumt werden sollen.

Wie realistisch ist es indessen, dass eine Vertragsseite, der fast nur Rechte eingeräumt werden, auf „freundschaftlichem“ Wege diese Rechte aufgibt?

Eine Lösung vom Konkordat müsste mit massiven Schlußzahlungen erkaufte werden.

Bei einer auf der Ebene des Landesgesetzes jederzeit möglichen einseitigen Änderung bzw. Streichung müsste wegen der bisher angenommenen Doppelnatur der Verträge (Vertragsebene und Gesetzesebene) die Zustimmung der Kirche auf Vertragsebene u. U. teuer erkaufte werden.

Faktisch wird das Konkordat damit schwer kündbar. [...]

3. Das Verfahren zur Vertragserstellung ist undurchsichtig und unparlamentarisch.

Am 12. November soll der Vertrag unterzeichnet werden. Danach (!), zwei Tage später, soll im Landtag über das Konkordat abgestimmt werden.

Diese Reihenfolge – Ratifikation und anschließende Umsetzung des Vertrages durch Gesetzesbeschluß – ist bei „internationalen“ Verträgen üblich. Als ein internationaler Vertrag wird von der traditionellen und kirchenfreundlichen juristischen Lehrmeinung ein Konkordat auch angesehen. Der Vertragsgegenstand ist indes nicht international, sondern betrifft Landesrecht und Bundesrecht, also innerstaatliches Recht.

Dadurch, dass ein Konkordat als „internationaler“ Vertrag angesehen wird, das Vertragsgegenüber nicht die Bistümer im Bereich des Landes Brandenburg (dies wäre sachlich naheliegend) sind, sondern der „Heilige Stuhl“, verschärft sich die unnötige Selbstbindung des Landes. Und wer will sich schon dem Vorwurf aussetzen gegen „internationalen“ Recht zu verstoßen?

Und wozu hat die katholische Kirche in Deutschland den Spezialstatus der „Körperschaft des öffentlichen Rechts“, wenn dann diese gar nicht in der Lage zu sein scheint, als diese Rechtspersönlichkeit einen Vertrag zu schließen?

Regelungen über innerstaatliche Verhältnisse sind – soweit überhaupt erforderlich – durch normales Landesgesetz (unter vorheriger Anhörung aller Betroffenen) oder gegebenenfalls durch normalen verwaltungsrechtlichen Vertrag mit seinen Sicherungen für beide Teile zu regeln. Eine darüber hinausgehende Sicherung auf übernationaler Ebene stellt sowohl einen rechtlichen Fremdkörper als auch eine ungerechtfertigte Privilegierung dar.

Es bleibt auch vollkommen unklar, auf welcher Informationsbasis die Landtagsabgeordneten abstimmen sollen. Es fand keine öffentliche Anhörung statt.

Die Verhandlungen wurden unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt.

Der Konkordatstext wurde offensichtlich weder der Presse zugänglich gemacht noch im Internet publiziert. Dies sollte bei wichtigen Texten, vor allem wenn sie die Zukunft eines Bundeslandes langfristig beeinflussen, selbstverständlicher Regelfall sein.

Die in Frage kommenden humanistisch-freidenkerischen Verbände wurden trotz mittelbarer Betroffenheit (verfassungsrechtliches Neutralitätsgebot) nicht angehört. Dabei gehören in Brandenburg über 71 % der Bevölkerung keiner Konfession an und lediglich 3,2 % der katholischen Kirche. Nicht einmal der Text des Konkordates wurde trotz offizieller Nachfrage weder dem Brandenburgischen Freidenker-Verband noch dem Internationalen Bund der Konfessionslosen und Atheisten (IBKA) zur Verfügung gestellt.

Unter den genannten Umständen ist eindringlich an die Abgeordneten des brandenburgischen Landtages zu appellieren, dem Konkordat am 14. November die Zustimmung zu verweigern.

4. Den Sonderrechten und Privilegien für die katholische Kirche stehen keine angemessenen Leistungen gegenüber.

Die effektiven Kosten des Konkordates übersteigen bei weitem die auf den ersten Blick ersichtlichen 1,15 Millionen Euro pro Jahr. Normalerweise besteht ein Vertrag aus Rechten und Pflichten für beide Seiten. In diesem Konkordat werden jedoch im wesentlichen – blumige und verschleierte Formulierungen zur Seite geschoben – nur Rechte für die katholische Kirche und nur Pflichten für das Land Brandenburg formuliert.

Beispielhaft für eine Fülle unnötiger und in ihrer Wirkung schädlicher Verpflichtungen des Landes Brandenburg, seien im folgenden drei Themenbereiche erläuternd angeführt.

a. Katholischer Religionsunterricht und Bildungseinrichtungen

In diesem Konkordat wird der katholischen Kirche – nicht etwa den Erziehungsberechtigten – das Recht eingeräumt, in allen öffentlich getragenen Schulen regelmäßig katholischen Reli-

gionsunterricht einzufordern.

Dieser Unterricht soll in die normale Unterrichtszeit integriert werden.

Das Land Brandenburg begibt sich hier ohne Notwendigkeit der prinzipiell durch das Grundgesetz eröffneten Möglichkeit zur Errichtung bekenntnisfreier Schulen, also Schulen ohne jeden Religionsunterricht. Die Stellung des allgemeinen Faches LER wird zugunsten der Finanzierung offener Missionierung seitens des weltanschaulich neutralen Staates weiter geschwächt.

Der Vertrag sieht ferner in Artikel 4, Absatz 2 eine „hinreichende Ausbildung“ für die Lehrkräfte vor, die den Religionsunterricht erteilen sollen. Das wird – allen Erfahrungen mit solchen Verträgen folgend – als eine Verpflichtung interpretiert werden, dass das Land Brandenburg auch für die Ausbildung katholischer Religionslehrer aufzukommen hat.

Daneben werden durch Artikel 5 katholische Schulen und Hochschulen als festes Recht anerkannt. Die besondere Nennung dieser Einrichtungen im Vertrag wird dazu führen, dass das Land Brandenburg genau solche Einrichtungen auch dann noch wird finanzieren müssen, wenn an anderen Stellen längst der Rotstift das Sagen hat.

Die Formulierung aus Artikel 5, Absatz 2 des Konkordates: „Das Land betrachtet diese Bildungseinrichtungen als Bestandteil des pluralistischen Bildungssystems“ verschleierte die faktische Konsequenz: Katholische Bildungseinrichtungen werden bevorzugt gegenüber anderen Bildungseinrichtungen gefördert werden.

Es genügt auch hier allgemeine Gesetze alle Bildungseinrichtungen des pluralistischen Bildungssystems betreffend.

Weiteres Ungemach kündigt sich bereits in Artikel 6 an: Es wird über die Einrichtung theologischer Fakultäten an brandenburgischen Universitäten philosphiert.

Allerdings wird der allgemeine brandenburgische Steuerzahler auch hiervon zunächst nichts mitbekommen. Nach „bewährtem“ Prinzip soll eine „gesonderte Vereinbarung“ geschlossen werden.

Es steht zu befürchten, dass auch diese Vereinbarung in „Geheimverhandlungen“ erstellt wird.

b. Katholische Medienpräsenz

In Artikel 10 werden der katholischen Kirche „angemessene Sendezeiten für Zwecke der Verkündigung und der Seelsorge sowie für sonstige religiöse Sendungen“ in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten eingeräumt.

Es bleibt unklar, was hier unter „angemessen“ zu verstehen ist. Allein die hervorgehobene, gesonderte Nennung der Belange gerade dieser Bevölkerungsgruppe läßt befürchten, dass es sich auch hier um eine mindestens tendenzielle Privilegierung handelt. Dies ist nicht nur ei-

ne das staatliche Neutralitätsgebot mißachtende staatliche Förderung der Missionierung der konfessionslosen Brandenburger.

Wenn es in Artikel 10 weiter heißt: „Es [das Land Brandenburg] wird darauf hinwirken, dass in den Programmen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten die sittlichen und religiösen Überzeugungen der Bevölkerung geachtet werden“ ist dies gegenüber 71 % konfessionslosen Brandenburgern reiner Spott.

Es genügt vollauf das bestehende Rundfunkrecht.

Vertrauen in faire Berichterstattung der Journalisten sollte auch die katholische Kirche mitbringen und nicht, so ist zu befürchten, versuchen durch Einflußnahme künftige Kritik in öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zu unterbinden, die von der Mehrheit konfessionsloser Brandenburger wesentlich finanziert werden.

c. Subventionen für die katholische Kirche.

In Artikel 15 und 16 des Konkordates werden direkte, sichtbare Zahlungen in Höhe von jährlich 1,15 Millionen Euro an die katholische Kirche versprochen.

Hierbei handelt es sich um die Neubegründung sogenannter Staatsleistungen.

Diese Staatsleistungen sind eigentlich durch Auftrag zweier Verfassungen – der der Weimarer Republik wie auch des Grundgesetzes (Artikel 140 GG i.V.m. Artikel 138, Absatz 1 Weimarer Reichsverfassung) – abzulösen und einzustellen.

Eine Neubegründung, wie sie nunmehr vorgesehen ist, ist mit den verfassungsrechtlichen Vorschriften unvereinbar.

Schlechte bisherige Vorbilder anderer Konkordate und Staatskirchenverträge sollten auch in diesem Punkt keine Vorbilder sein.

Völlig unklar ist auch, warum in Artikel 15, Absatz 1, Satz 3 des Konkordates in fünf Jahren lediglich eine Erhöhung (!) der Zahlung von 1 Million Euro jährlich geprüft werden soll.

Entsprechend der verfassungsrechtlichen Situation wären Zielvorgaben für eine Einstellung der – faktisch eine Religionsgemeinschaft bevorzugt subventionierenden – Zahlungen zu nennen. Eine zu erwartende ersatzlose Einstellung ist bereits vom Wortlaut des Konkordates nicht vorgesehen.

Diese 1,15 Millionen Euro sind allerdings lediglich die direkten, auf einen Blick ersichtlichen zukünftigen Subventionen zu Gunsten der katholischen Kirche in Brandenburg.

Darüber hinaus verzichtet das Land Brandenburg in Artikel 20 weitgehend auf Gebühren aus Gerichts- und Verwaltungsverfahren.

Diese negativen Subventionen werden ebenso wenig quantifiziert, wie eine Fülle weiterer kostenträchtiger Punkte des Konkordates: Bauerhaltungsvorschriften und weitgehende Zusagen im Bereich

des Denkmalschutzes, die Erteilung von Religionsunterricht auf Landeskosten, die Ausbildung von Lehrkräften hierzu, die Förderung von katholischen Bildungseinrichtungen, die gegebenenfalls erfolgende Einrichtung von katholischen theologischen Fakultäten, die Kosten der Seelsorgeregelung nach Artikel 8, Absatz 3, die Kosten der öffentlich finanzierten Medienberichterstattung usw. usw.

Die effektiven Kosten des Konkordates liegen um ein Vielfaches über den erkennbaren 1,15 Millionen Euro.

Sämtliche dieser Leistungen widersprechen im übrigen dem im jüngst erschienenen 19. Subventionsbericht der Bundesregierung als zukünftigen Maßstab für die Erteilung von Subventionen verkündeten Prinzip der Befristung und teilweise dem Grundsatz der Direktheit von Subventionen.

Es ist unverständlich, dass in Zeiten des Rotstiftes und des Sozialabbaus, langfristige und unbezifferte Leistungsverprechen gegenüber einer einzelnen Religionsgemeinschaft in faktisch unkündbarer Form eingegangen werden.

Darüber hinaus fand mit Artikel 24 eine weitere in ihren Folgen kaum absehbare Klausel Eingang in den Vertrag: werden in Zukunft der evangelischen Kirche in Brandenburg Privilegien seitens der Landesregierung zugestanden, hat die katholische Kirche automatisch das Recht gleiche Privilegien für sich einzufordern.

Solche Klauseln führen faktisch zu einem gegenseitigen Aufschaukeln der Subventionen und Privilegierungen für die beiden begünstigten Religionsgemeinschaften.

Die Begründung für diese Klausel findet sich in Artikel 24 selbst: „...wegen des Gleichbehandlungsgrundsatzes ...“

Wie es in Wirklichkeit in Brandenburg um die Beachtung des Gleichbehandlungsgrundsatzes bestellt ist, ist im Haushaltsplan für das Jahr 2004 zu erkennen: Alleine die sichtbaren, direkten Subventionen für die evangelische und katholische Kirche steigen auf über 11,5 Millionen Euro an.

Der Haushaltsansatz für Weltanschauungsgemeinschaften, mit denen keine Verträge bestehen, beträgt 3.000 Euro.

Die brandenburgische Politik behandelt Weltanschauungs- und Religionsgemeinschaften nicht gleichmäßig, sondern privilegiert massiv bestimmte Religionsgemeinschaften. [...]

Gekürzt (eckige Klemmern). Vollständig unter: www.ibka.org/artikel/ag03/brandenburg.html

** IBKA e.V., Brandenburgischer Freidenker-Verband, Deutschen Freidenker-Verband, Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften, Humanistischen Freidenkerbund Brandenburg, Humanistischen Verband Berlin-Brandenburg*

Gemeinsamer Ansprechpartner:

Rechtsassessor Notker Bakker, Zweiter Vorsitzender des IBKA e.V., Rubensstr. 12, 40789 Monheim, Telefon 02173-53114, Fax 02173-931654 Mobil 0163-2409467, notkerbakker@web.de, www.ibka.org

Kommunale Politik

Gegen die neue Wohnungsnot: STUTTGART. Als

einen Grund für den Niedergang des Wohnungsbaus in Stuttgart nannte der Vorsitzende des Mietervereins, Gaßmann, die Zusammenstreichung der städtischen Wohnungsbauförderung um 90% in den letzten sieben Jahren. Die Stadt habe im Jahre 2001 durch Fehlbelegungsabgabe und Geldentnahme aus der stadt eigenen Wohnungsgesellschaft 28 Mio. Euro erlöst, aber nur noch 6 Mio. Euro in den Wohnungsbau investiert. Die Mitgliederversammlung forderte die Stadt auf, jährlich 400 neue Sozialwohnungen mit einer Förderung von 12 Mio. Euro auf den Weg zu bringen. Durch Bereitstellung preisgünstiger Grundstücke für die Wohnungsgesellschaften soll die Erstellung weiterer 600 Mietwohnungen zu bezahlbaren Mieten im Jahr ermöglicht werden. Angesichts von 30.000 fehlenden Wohnungen müsse das Zweckentfremdungsverbot dringend wieder eingeführt werden.

Kommunale Berichte Stuttgart

Mieten steigen schneller: HAMBURG.

Der am 16. 10. veröffentlichte neue Mietenspiegel weist binnen zwei Jahren eine durchschnittliche Mietensteigerung um 5,1 % auf. Bei großen Wohnungen, insbesondere Altbau in gefragten Wohnvierteln, stiegen die Mieten um bis zu 15 %. Bis 2010 werden 64.000 der ca 163.000 Sozialwohnungen aus der Sozialbindung fallen, ohne dass in nennenswertem Maße Ersatz entsteht, weil der Senat den Schwerpunkt auf die Förderung der Eigentumbildung legt. Gegen alle Tatsachen spricht Bausenator Mettbach (Schillpartei) von einer „entspannten Lage auf dem Wohnungsmarkt“. Ganz nach den Vorstellungen des Grundeigentümerverbandes sollen die Sozialen Erhaltungsverordnungen und die Umwandlungsverordnungen, die die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen erschweren, nicht über 2003 hinaus verlängert werden. Die Sozialklausel-Verordnung, nach der Mieter in umgewandelten Wohnungen zehn Jahre Sonderkündigungsschutz haben, ebenfalls. Mit einer Bundesratsinitiative will der Senat das flächendeckende Zweckentfremdungsverbot beseitigen.

Lokalberichte Hamburg

Grundsteuer: Berlin. Deutscher Naturschutzring (DNR) und Naturschutzbund NABU haben am 30.10.2003 in Berlin eine nachhaltige Verbesserung der Gemeindefinanzen gefordert. Insbesondere die Grundsteuer böte nach Ansicht von NABU und DNR ein großes Potenzial, die Einnahmesituation der Gemeinden zu verbessern und gleichzeitig eine ökologische Lenkungswirkung zu erzielen. Durch die bestehende Grund-

steuer würden bebaubare Grundstücke und die wegen des hohen Anteils an Erschließungsflächen stark flächenzehrenden Ein- und Zweifamilienhaus-siedlungen am geringsten belastet, wodurch die Siedlungsentwicklung in Richtung Flächenverbrauch gelenkt werde.

Die Grundsteuer müsse daher zukünftig sowohl den Bodenwert als auch die Grundstücksfläche einbeziehen. Auch aus Gründen der Steuergerechtigkeit sei eine Besteuerung des Bodenwerts in Höhe von 0,5 Prozent bei Wohngebäuden und von 0,6 Prozent bei Gewerbeflächen pro Jahr angemessen. Die Besteuerung der Grundstücksfläche sollte bei Wohngebäuden 50 Cent und bei Gewerbebetrieben 1 Euro jeweils pro Quadratmeter jährlich betragen. Die Verbände schlagen eine schrittweise Reform der Grundsteuer vor: Nach einer Übergangszeit solle sich das Grundsteueraufkommen von acht auf 16 Milliarden Euro verdoppeln. Bei einem flächensparenden Reihenhaushaus würde eine nachhaltige Grundsteuer nur zu einer geringfügigen Mehrbelastung führen, während freistehende Ein- und Zweifamilienhäuser und vor allem flächenzehrendes Gewerbe sowie der Handel um den Faktor drei bis sechs deutlich höher belastet würden.

30.10.2003 www.ngo-online.de

Sparkassenprivatisierung: BERLIN. Finanzstaatssekretär Koch-Weser äußerte in der Börsen-Zeitung, man solle auch eine stärkere Beteiligung privaten Kapitals im gesamten Kreditgewerbe in Betracht ziehen. Um vermehrt Fusionen in allen drei Säulen (öffentlich-rechtlich, genossenschaftlich und privat) und zwischen den Säulen zu ermöglichen, müsste im Bereich der öffentlich-rechtlichen Banken über alternative Rechtsformen nachgedacht werden. Auch das Regionalprinzip sollte in die Reformüberlegungen mit einbezogen werden, da es in gewisser Weise die Entfaltungsmöglichkeiten wettbewerbsstarker Banken behindere. Der Deutsche Landkreistag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund und der Deutsche Sparkassen- und Giroverband wiesen diese Vorschläge einmütig zurück. Gerade der öffentliche Auftrag und das damit untrennbar verbundene Regionalprinzip förderten das Entdecken von Wachstumschancen vor Ort und seien somit ein bedeutender Grundstein für eine gleichmäßige wirtschaftliche Entwicklung. Die vertretenen Auffassungen entsprächen der erwarteten IWF-Kritik am deutschen Bankenmarkt und seien wesentlich durch die Interessen der in der 'Initiative Finanzstandort Deutschland' dominierenden privaten Bankkonzerne bestimmt. www.dstgb.de; www.landkreistag.de; www.sparkasse.de

Zusammenstellung: ulj

20. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall

Personalstreit beigelegt – inhaltlich unscharf geblieben

Die IG Metall führte in der Zeit vom 29. bis 31. August Teil 1 (Frankfurt am Main) und in der Zeit vom 14. bis 18. Oktober Teil 2 (Hannover) ihres 20. ordentlichen Gewerkschaftstages durch. 598 gewählte Delegierte aus 171 Verwaltungsstellen in den sieben Bezirken hatten über 690 Anträge – davon 59 Satzungsanträge – und acht Entschließungen zur künftigen Politik der IG Metall zu beraten und beschließen. 128 Anträge wurden zur „Entschließung 3 – Tarifpolitik“ gestellt.

Der 20. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall fand in einer Phase fortgesetzt massiver Angriffe auf den Flächentarifvertrag statt. BDI-Chef Michael Rogowski möchte am liebsten ein Lagerfeuer machen und darin das Betriebsverfassungsgesetz und alle Tarifverträge verbrennen, denn er will u.a. eine längere Wochenarbeitszeit und eine längere Lebensarbeitszeit, alles natürlich ohne Lohnausgleich. Weiterhin möchte er Feiertage abschaffen bzw. auf das Wochenende verlegen. Der Bundeskanzler Schröder mahnt gegenüber den Delegierten des Gewerkschaftstages die Neujustierung zwischen zentraler und betrieblicher Verhandlungsmacht an. Die CDU/CSU startet eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel, wesentliche Elemente des Tarifvertragsgesetzes, Tarifautonomie und Tarifvorbehalt, stark einzuschränken bzw. teilweise zu beseitigen. Die Gewerkschaften fürchten nicht unbegründet, die CDU/CSU-Initiative könne zur Verhandlungsmasse im Vermittlungsausschussverfahren um die „Agenda 2010“ gemacht werden.

Die Institutionen des Flächentarifvertrages und des kollektiven Arbeitsrechtes stehen unter starken Beschuss. Spezifische historische Bedingungen haben im Nachkriegsdeutschland bis etwa Mitte der 70er-Jahre ein deutsches Produktions- und Sozialmodell entstehen lassen, das für eine 20- bis 25-jährige historische Prosperitätsphase sorgte – der Traum immerwährender Prosperität ist aus.

Gegen Erosion der Tarifbindung

Auch wenn die Tarifbindung in den letzten Jahren deutlich nachlässt, sind nach Reinhard Bispinck¹ im Jahr 2000 immer noch 63 % aller Beschäftigten im Westen und 44 % im Osten flächentariflich gebunden. Bezieht man die Firmentarifverträge und die Orientierung an Tarifverträgen mit ein, so sind es sogar 85 % im Westen und 79 % im Osten.

„Verlässt man jedoch diese Durchschnittsbetrachtung und schaut in ein-

zelne Bereiche, sind sehr viel deutlichere Erosionstendenzen zu erkennen. Noch dramatischer wird es, wenn wir die innere Erosion betrachten: In der betrieblichen Praxis finden sich zahllose betriebliche Regelungen, die die tariflichen Normen nicht nur differenziert absenken, sondern auch schlicht faktisch unterlaufen. (...)

In den letzten zehn Jahren scheint sich eine verhängnisvolle Anpassungsspirale herauszubilden: Die neue Unmittelbarkeit des Marktes in den Betrieben erzeugt und verlangt eine zunehmende Flexibilisierung und Differenzierung von Arbeits-Beschäftigungsbedingungen. Sie nicht alleine der betrieblichen Gestaltung zu überlassen und als Gewerkschaft handlungsfähig zu bleiben, erfordert eine entsprechende Anpassung der Tarifverträge. Damit wird den Triebkräften des Marktes in und zwischen den Betrieben neuer Raum geschaffen. Ihre Dynamik verstärkt sich, was wiederum den Anpassungsdruck an einzelbetriebliche Verhältnisse erhöht: die Spirale dreht sich weiter.“ (Dieter Sauer²)

Zum tarifpolitischen Erfolg durch „erfolgsabhängige Differenzierung“ ?

In der organisationsintern geführten Debatte um Aufrechterhaltung der tarifpolitischen Wirk- und Setzungsmacht der IG Metall sowie um Sicherung bzw. Ausbau der Reichweite von Tarifverträgen erblickte im Jahr 2001 ein neuer tarifpolitischer Ansatz das Licht der Organisationswelt. Sein Name: Zweistufigkeit und erfolgsabhängige Differenzierung.

„In der IG Metall gibt es eine Debatte darüber, ob die Tarifpolitik in Zukunft stärker zweistufig anzulegen ist. Dabei werden zwei Fragen in den Vordergrund gestellt: Zum einen die Frage, ob für betriebliche Entgeltbestandteile, die oberhalb der Tariflinie liegen, tarifliche Regelungen angestrebt werden sollen. Zum zweiten die Frage, ob und in welcher Form sich diese an der betrieblichen Wirtschaftskraft und betriebswirtschaftlichen Erfolgszahlen orientieren können. Während die Befürworter einer stärker zweistufigen Anlage der Tarifpolitik herausstreichen, dass in den Betrieben, denen es gut geht, die Beschäftigten tariflich gesichert daran beteiligt werden müssten, heben demgegenüber kritische Positionen darauf ab, dass dadurch die Durchsetzungskraft für Verbesserungen, die alle Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie betreffen, geschwächt und die Verteilungssituation insgesamt nicht günstiger werde.“ (Text: „Entschließung 3 – Tarifpolitik“, 20. ordent-

licher Gewerkschaftstag 2003)

„Eine WSI-Befragung aus dem Jahre 2001 hat ergeben, dass in 44 % der untersuchten Betriebe tatsächlich auch ertragsabhängige Entgeltbestandteile gezahlt werden. Diese kommen allerdings sehr unterschiedlich zustande. Teilweise werden betriebliche Vereinbarungen geschlossen oder einseitig die Mehrzahl dieser Entgeltbestandteile vom Unternehmen festgelegt. Gleichzeitig haben sich aber durch diese ertragsabhängigen Entgeltbestandteile die Einkommenschancen für die Beschäftigten, wenn man es insgesamt betrachtet, nicht erhöht. Ganz im Gegenteil: Durch den Abbau übertariflicher Entgeltbestandteile haben wir eine negative Lohn drift zu verzeichnen.“ (Helga Schwitter³)

Die Kritiker der zweistufigen ertragsabhängigen Differenzierung führen im wesentlichen Folgende Argumente ins Feld:

- Ein derartiges Modell ist, wenn überhaupt, nur ein Modell für Großunternehmen. Klein- und Mittelbetriebe werden wegen mangelnder Durchsetzungskraft auf Dauer abgehängt;
- Das Niveau der verbindlichen tabellenwirksamen 1. Stufe würde sinken, da große kampfstärke Belegschaften sich ggf. auf die zweite Stufe im Betrieb konzentrieren;
- Das Risiko der Spaltung von Belegschaften einer Branche und Schwächung in der Fläche;
- Ganz praktisch: welche Parameter sind für Stufe 2 bei nicht vorhandener Publizitätspflicht in Klein- und Mittelbetrieben anzuwenden?

Bereits am 21. und 22. Februar organisierte der Vorstand (Funktionsbereich Tarifpolitik gemeinsam mit WISSENTTransfer und einigen Wissenschaftlern) in Frankfurt eine Tagung mit ehrenamtlichen und hauptamtlichen Funktionären zu dieser Frage. Es konnte kein Konsens hergestellt werden, insbesondere deshalb, weil die Befürworter der Zweistufigkeit „auffällig“ ruhig waren – sie stritten nicht für ihre Position. Dennoch übernahm der Vorstand im Antrag für die „Entschließung 3 – Tarifpolitik“ ihre Position. Das veranlasste die Delegiertenkonferenzen mehrerer Verwaltungsstellen entsprechende Gegenanträge zu stellen, die zahlenmäßig die Befürworter von zweistufiger und ertragsabhängiger Differenzierung eindeutig überwogen. Es kam jedoch nicht zu einer Abstimmung. Der Gewerkschaftstag entschied mit großer Mehrheit, in dieser Frage den Meinungsbildungsprozess fortzusetzen und bis Ende 2005 durch Beschluss des Vorstandes über die mittelfristige tarifpolitische Planung vorläufig abzuschließen.

Überzeugende Antworten in der Tarifpolitik müssen noch gefunden werden, die Kontroverse wurde erst einmal vertagt.

Letztlich nur Schadensbegrenzung bei den prekären Beschäftigungsverhältnissen

In einem weiteren Bereich bleibt die Entschließung 3 unscharf:

„(...) Zum einen nehmen prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu. Dies bedeutet im Organisationsbereich der IG Metall vermehrt Leiharbeit und befristete Arbeitsverhältnisse. (...) Die IG Metall betrachtet es als ihre Aufgabe, zu verhindern, dass prekäre Beschäftigungsverhältnisse ungeschützt zu Lohn- und Gehaltsdumping und zum Aufbau einer Konkurrenz zwischen Stamm- und Randbelegschaften missbraucht werden. Daher wird die IG Metall deren tarifliche Gestaltung offensiv voran treiben.“ (Entschließung 3 – Tarifpolitik)

In diesem Jahr hat eine Tarifgemeinschaft aus sieben Einzelgewerkschaften des DGB (einschl. IG Metall) mit zwei Arbeitgeberverbänden Tarifverträge zur Leiharbeit abgeschlossen. Einerseits handelt es sich um den BZA e.V. (Bundesverband Zeitarbeit Personaldienstleistung e.V.) und andererseits um den IGZ e.V. (Interessenverband Deutscher Zeitarbeitnehmer e.V.). Mit beiden Verbänden wurden u.a. Entgelttabellen mit jeweils 9 Entgeltgruppen vereinbart, die zwischen 6,85 Euro und 15,43 Euro bzw. 15,50 Euro spreizen. Das kann nicht als Erfolg abgefeiert werden. Dennoch war unter den gegebenen Umständen wohl nicht mehr drin und ist letztlich nur Schadensbegrenzung gewesen. Die Frage ist, ob das Instrumentarium der Tarifpolitik in diesem Sektor wirklich ausreichend ist.

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) veröffentlichte im August eine ernüchternde und deprimierende Studie (siehe auch PB Nr. 21/2003). Demnach beträgt der Anteil prekärer Beschäftigungsverhältnisse an der Gesamtbeschäftigung mittlerweile 35 %, während er vor über 20 Jahren erst 15 % betrug. Unter die Kategorie prekärer Beschäftigungsverhältnisse fallen im wesentlichen sozialversicherungspflichtige Teilzeitarbeit, geringfügige Beschäftigung ohne Sozialversicherungspflicht, Leiharbeit, befristete Arbeit und Scheinselbstständigkeit. Allen gemein ist nach Definition des WSI ein Einkommen von 75 % des Durchschnittseinkommen oder 1863 Euro. „Die Auswertungsergebnisse ... vermitteln die Botschaft, dass die Schutz- und Auffangfunktion unterster Tariflöhne erheblich in Frage gestellt ist“, lautet ihr deprimierendes Ergebnis.

(wog)

DIHK-Chef lobt Clements Vorstoß für längere Arbeitszeiten.

– HB, Freitag / Samstag, 24./25.10. 2003. Bundeswirtschaftsminister W. Clement setzt sich vehement für längere Arbeitszeiten ein: in der Woche, im Jahr und bezogen auf das ganze Arbeitsleben müsse die Arbeitszeit ausgeweitet werden. „Ich erwarte und erhoffe Bewegung in den Tarifverträgen“, betonte er. Aufgabe des Bundes sei es, die tatsächliche Lebensarbeitszeit dem gesetzlichen Renteneintrittsalter anzupassen. Die Länder müssten über die Zahl der Feiertage nachdenken. „Ich freue mich, dass die Bundesregierung meinem Credo folgt, dass Arbeit Arbeit schafft“, sagte L.G. Braun, Präsident des DIHK. „Erfahrungen in meinen deutschen Betrieben zeigen, dass ich durch längere Arbeitszeiten mehr Arbeitsplätze schaffen kann.“ Braun wird vom BDI unterstützt, die BDA aber hält von einer schematischen Arbeitszeitverlängerung nichts. Erforderlich sei vielmehr eine flexiblere Anpassung an betriebliche Bedürfnisse.

Regierung wird vor Einführung der Mindeststeuer gewarnt.

– HB, Montag, 27.10.2003. Der Präsident des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau warnt die Bundesregierung, ab 2004 eine Mindeststeuer einzuführen und die Nutzung von steuerlichen Verlustvorträgen einzuschränken. Auch einige Manager börsenorientierter Konzerne stimmen ihm zu: „Eine Neuregelung der Verlustvorträge hätte erheblich negative Auswirkungen auf Unternehmen, die in zyklischen Märkten tätig sind“, so R. J. Koehler, Vorstandschef des Stahlzulieferers SGL Carbon.

„Agenda 2010 bietet Ansatzpunkte, aber noch keinen Durchbruch“.

– Mittwoch, 29.10.2003. Für BDI-Präsident M. Rogowski mehren sich zwar Anzeichen, dass die deutsche Konjunktur die Talsohle durchschreitet. Zum Jubeln bestehe aber kein Anlass. Endgültig werde die Investitionslethargie aber erst überwunden, wenn die Wirtschaft Vertrauen in die Wirtschaftspolitik fasse. Die Agenda 2010 könne nur der Auftakt für weitere, tiefgreifende Struktur reformen sein.

Wahrnehmung von Kunst in der Wirtschaft.

– FAZ, Samstag, 1.11.03. Der Kulturkreis der Deutschen Wirtschaft im Bundesverband der Deutschen Industrie und der Professor für Kunstwissenschaft M. Bockemühl von der Universität Witten/Hagen will Wirtschaftsunternehmen sensibilisieren für das exakte Wirkungsverhältnis der Kunst innerhalb ökonomischer Gestaltungsprozesse.

Presseauswertung: rst

- 1 Reinhard Bispinck, Mitarbeiter des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts, im Rahmen einer Veranstaltung am 25.11.2002 in Hannover.
- 2 Dieter Sauer, Mitarbeiter des Instituts für Sozialwissenschaftliche Forschung e.V., München; in einem Beitrag zu einer Tagung von IG Metall, Funktionsbereich Tarifpolitik, am 21. und 22. Februar 2003 in Frankfurt a. M.
- 3 Helga Schwitter, Tarifsekretärin IG Metall Bezirksleitung Hannover, in „Die IG Metall auf dem Weg in die Mitte?“, S. 144, VSA-Verlag 2003, Hamburg

Neues Programm mit breiter Mehrheit verabschiedet

IN UND BEI
DER PDS

Um wieder in die Offensive zu kommen, braucht die PDS alle Kräfte

Mit etwas zeitlicher Verzögerung war es geschafft. Nach fünfjähriger Diskussion beschloss der PDS-Parteitag am Sonntag, 26.10.2003, kurz nach 14 Uhr im fernen Chemnitz ein neues Programm. 333 der insgesamt 428 Delegierten stimmten zu, das sind 77,8 %. Gegenstimmen gab es nur 38. Dass die Zustimmung so deutlich über der erforderlichen Zwei-Drittel-Mehrheit lag, zeigt, dass die Delegierten die Programmdebatte wirklich beenden wollten. Ein großer Teil der Probleme, die der im Juni zurückgetretene Parteivorstand hatte, hing damit zusammen, dass die gemeinsame Basis der PDS, die programmatischen Grundlagen, unklar waren. Der gemeinsame, breit akzeptierte Bezugspunkt fehlte. Die breite Zustimmung ist aber auch ein Ergebnis der Bemühungen von Antragskommission und Parteivorstand, noch „auf der Zielgeraden“ einen Teil der Streitigkeiten zu beseitigen.

Um nur einige der strittigen Punkte zu nennen: Sowohl die umstrittene Präambel als auch der komplette Abschnitt zu „Frieden und Gewaltfreiheit“ wurden im Vorfeld des Parteitages auf Grundlage

der vorliegenden Anträge neu gefasst. Die Aussagen zu „Unternehmertum und Gewinninteressen“ wurden noch vom Parteitag selbst geändert. Sechs Änderungsanträge waren von der Antragskommission zur Behandlung ins Plenum verwiesen worden. Eine nach ausführlicher Diskussion beschlossene Abstimmung zur Frage, ob der vom Parteivorstand beantragte Passus geändert werden soll oder nicht, ergab schließlich eine Mehrheit von einer (!) Stimme für Änderungen. Der Parteivorstand übernahm daraufhin den von der AG Betrieb und Gewerkschaft gestellten Änderungsantrag.

Damit hat der PDS-Parteitag wie schon manches Mal zuvor für eine kleine Überraschung gesorgt. Auch wenn die zuletzt vom Parteivorstand vorgelegte Formulierung der Programmstelle nur dann als „Apologie“ des Kapitalismus aufgefasst werden konnte, wenn man eine staatssozialistische Wirtschaft als Alternative ansieht, wird die beschlossene Formulierung dem Diskussionsstand in der PDS sicherlich gerechter. Sie wurde vom Parteitag breit getragen. In der Gesamtabstimmung stimmte auch Dieter Dehm als einer der Unterstützer des Graer Dialogs dem Programm zu. Sarah

Wagenknecht und andere Delegierte der Kommunistischen Plattform enthielten sich. Der vom Parteivorstand selbst beantragte neue Abschnitt „Frieden und Gewaltfreiheit“ schließlich macht deutlicher, dass es nicht darum geht, den Anti-Kriegs-Beschluss von Münster zu revidieren. Die jetzt beschlossene und durch einen Änderungsantrag ergänzte Fassung spricht nicht mehr von der Sicherung des „Gewaltmonopols“ der UNO, sondern setzt auf Verteidigung des in der UNO-Charta verankerten Prinzips des Gewaltverzichts. Ein Einsatz deutscher Soldaten im Rahmen eines Kampfeinsatzes nach Kapitel VII. der UNO-Charta wird unter Verweis auf die deutsche Geschichte eindeutig abgelehnt, auch wenn der Sicherheitsrat zustimmt. In diesem Punkt ist das neue Programm deutlich besser und praktischer handhabbar als der Beschluss von Münster. Münster litt von Anfang an unter dem Mangel, die besondere deutsche Rolle schlicht zu ignorieren. Nicht eindeutig geregelt ist die Haltung zu Blauhelmeinsätzen nach Kapitel VI. der UNO-Charta. Immerhin setzen solche Einsätze jedoch ein Einverständnis der Kriegs- oder Bürgerkriegsparteien voraus. Darüber hinaus gibt die Festlegung der BRD auf eine Rolle als

Dokumentiert: Einige der umstrittenen Programmstellen

„Präambel“

... Es war der Anspruch der Menschenrechtserklärungen, Verhältnisse zu schaffen, in denen die Würde des Menschen unantastbar wird. Arbeiterbewegung, Frauenbewegung und Friedensbewegung, sozialistische und antikoloniale Bewegungen haben um konkrete Fortschritte bei der Durchsetzung dieses Anspruchs gekämpft. Heute begründet dieser Anspruch unsere erneuerte sozialistische Politik.

Wachsende Arbeitslosigkeit, soziale Unsicherheit und Armut, Hunger und Kriege, Fremdbestimmung und Gewalt sind Angriffe auf die Würde des Menschen. Die neoliberale Politik der Verwandlung aller Lebensbereiche in profitbestimmte Märkte und die autoritäre, imperiale und kriegerische Durchsetzung dieser Politik zerstören die Errungenschaften von zweieinhalb Jahrhunderten sozialer emanzipativer Kämpfe ...

In den Profit- und Herrschaftsinteressen der international mächtigsten Teile des Kapitals und im Bestreben, die Entwicklung des ‚Nordens‘ auf Kosten des ‚Südens‘, der Natur und der zukünftigen Generationen zu betreiben, sehen wir die Ursachen für die Gefährdung der menschlichen Zivilisation, für Gewalt

und Krieg, soziales Elend und die Krise der weltweiten Ökosphäre. Wir wollen, dass diese gesellschaftlichen Strukturen zurückgedrängt und schließlich überwunden werden, damit die Menschheit einen Ausweg aus dieser zerstörerischen Entwicklungslogik findet. In diesem Sinne sind wir konsequent antikapitalistisch.

In einer sozialistischen Gesellschaft, wie wir sie anstreben, dienen Produktions- und Konsumtionsweise dem Ziel, allen die Bedingungen eines selbstbestimmten und solidarischen Lebens zur Verfügung zu stellen ...

„I. Sozialismus – Ziel, Weg und Werte“

... Eine solche Politik erfordert eine andere Regulation von Wirtschaft ... Unternehmerisches Handeln und Gewinninteressen sind wichtige Voraussetzungen für Innovation und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Doch solange sie auf die betriebswirtschaftliche Logik der einzelnen Unternehmen beschränkt bleiben und dem Profitstreben des Einzelkapitals unterworfen sind, verwandeln sie sich in ihr Gegenteil. Sozial-ökologisches Wirtschaften setzt gesellschaftliche Kontrolle und demokratische Mitbestimmung voraus. Ohne Mitbestimmung, gewerkschaftliche Gegenmacht und sozialstaatliche Regulierung führen private Unternehmensinteressen zu volkswirtschaft-

lich verlustreichen, zu sozialen und umweltzerstörerischen Fehlentwicklungen.

„III. Reformalternativen: demokratisch, sozial, zivil“

Dezentralisierung und stärkere gesellschaftliche Aktivität von unten sind nötig ...

Demokratie wird zuerst in den Kommunen erfahren. Die PDS unterstützt die Entwicklung der Kommunen zu Bürgerkommunen, die in hoher Eigenständigkeit über ihre Angelegenheiten entscheiden können. Sie spricht sich für die direkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Haushaltspolitik (partizipative Bürgerhaushalt) und an Entscheidungen über die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge aus. Die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen muss wiederhergestellt werden. Sie ist eine Grundbedingung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Die Kommunen brauchen eigene, verlässliche Finanzquellen. Die Wirtschaft darf nicht aus der Verantwortung entlassen werden. Zu den wichtigsten kommunalpolitischen Forderungen der PDS gehört es, auf Bundes- und Landesebene strikt daran festzuhalten, den Kommunen mit neuen Aufgaben immer auch die finanziellen Mittel zu deren Lösung zuzuweisen (Konnexitätsprinzip) ...

„Zivilmacht“ weitere Anhaltspunkte für künftige Diskussionen.

Integration fortsetzen und Politik machen

Die Generaldebatte um den Programm-entwurf wurde auf dem Parteitag mit längeren Ausführungen von Lothar Bisky als PDS-Vorsitzendem und Gabriele Zimmer als Leiterin der Programmkommission eingeleitet. Die folgenden mehr als 12 Stunden Diskussion und Antragsberatung waren in vier Abschnitte unterteilt, in die die strittigen Fragen eingeordnet wurden. Eingeleitet wurden die Abschnitte mit jeweils zwei Beiträgen, einem „Pro-“ und einem „Contra-“Beitrag. Unter den Rednern waren Dieter Klein, Christa Luft, Wolfgang Gehrke und Wolfgang Methling ebenso wie Uwe-Jens Heuer, Sahra Wagenknecht, Winfried Wolf und Ellen Brombacher. Der Debatte lagen insgesamt über 500 Anträge zugrunde. Allein in der Generaldebatte sprachen rund 50 Rednerinnen und Redner. Die Debatte war überwiegend fair und sachlich. Dafür war nicht nur die notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit verantwortlich, vielmehr wiesen viele Redner auch darauf hin, dass die PDS nur wieder an Kraft gewinnen kann, wenn sie pluralistisch bleibt und niemand ausgegrenzt wird. Ein Antrag, eine aus dem alten Programm übernommene Passage zu streichen, wurde zurückgezogen.

Nun steht auch im neuen Programm, dass in der PDS „... sowohl Menschen einen Platz (haben), die der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand entgegenzusetzen und die ... gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse fundamental ablehnen, als auch jene, die ihren Widerstand damit verbinden, die gegebenen Verhältnisse positiv zu verändern und schrittweise zu überwinden.“

Die Punkte, die kontrovers abgestimmt wurden, ergaben meist eindeutige Mehrheiten – mit der oben dargestellten Ausnahme.

Ob es der PDS als Ganzes gelingt, sich zu stabilisieren, wird nun von der praktischen Politik abhängen. Dafür brauchen wir alle Kräfte in der PDS. Das Programm bietet eine Grundlage für die Arbeit, auch wenn man ihm sicherlich vorwerfen kann, teilweise allgemeine, widersprüchliche Aussagen zu enthalten. Kann das in einem Programm, das Grundlage für die Arbeit einer pluralistischen Partei ist, überhaupt anders sein?

Immerhin ist der Ansatz des Programms, eine Verbindung zwischen den von der Aufklärung, von der bürgerlich-demokratischen Revolution erkämpften Rechten mit sozialistischen Zielen herzustellen programmatisch durchaus etwas Neues. Und wenn man die Missachtung individueller Rechte ebenso als eine Frage der Menschenwürde behandelt, wie die massenhafte Verletzung sozialer Interessen in der kapitalistischen Gesellschaft, so hat das mit einem „Godesberg“ der PDS sicherlich nichts zu tun.

Wolfgang Freye

Strategische Rolle der Kommunalpolitik

„Unsere Wurzeln, liebe Genossinnen und Genossen, liegen vor Ort, sie liegen in der Kommunalpolitik,“ sagte Lothar Bisky in seiner Rede auf dem Parteitag, und dafür erhielt er viel Beifall – sicherlich nicht nur, weil am Sonntag die Kommunalwahlen in Brandenburg waren. Dennoch kann man mit der Verortung der Kommunalpolitik im neuen Programm nicht zufrieden sein. Das habe ich als Delegierter auch in der Generaldebatte angesprochen.

In dem vom Parteitag im Herbst 2001 beschlossenen Leitantrag „Strategie und Programmatik der PDS bis 2003“ hieß es auf Antrag aus unserem Landesverband: „Dem Gedanken Stärkung der Kommunen soll im neuen Programmtext eine tragende Rolle zukommen, weil gesellschaftliche Veränderungen in Richtung Sozialismus von unten kommen müssen.“ Trotzdem fand sich im ersten von Gabi Zimmer nach der Bundestagswahl im Februar 2003 vorgelegten Programmtext kein Wort zur Kommunalpolitik. Dieser Punkt sei „vergessen“ worden, hieß es auf Nachfrage.

Nach vielen Diskussionen und einem Änderungsantrag der AG Kommunalpolitik und parlamentarische Arbeit fand sich in dem Ende August vorgelegten Programmtext zwar eine Passage, die Aussagen zur Stärkung der kommunalen Finanzen und zur Ausweitung von Bürgerbeteiligung enthält, die Forderung nach Stärkung der Einflussmöglichkeiten und Rechte der Kommunen fehlte jedoch. Mit zwei Änderungen, die auf zwei mit „heißer Nadel“ gestrickte Anträge aus der Programmkonferenz der PDS NRW am 14.9.2003 zurückgehen, wurde der Text so beschlossen.

Unser neues Programm fällt damit jedoch hinter Aussagen des Programms von 1993 zurück, in dem es hieß:

„Dem Verlust an Selbstverwaltung und Bürgernähe in den Kommunen und der zunehmenden Zentralisierung von Zuständigkeiten auf Bundes- und Landesebene setzen wir unsere Forderungen entgegen:

- Aufgaben und Befugnisse zugunsten der Kommunen strikt zu dezentralisieren; ...

- den Gemeinden und ihren Verbänden breitere Mitsprache- und Einspruchsrechte bei Entscheidungen auf Landkreise-, Landes- und Bundesebene sowie im europäischen Rahmen einzuräumen;

- die Möglichkeiten der Kommunen zu erweitern, ihre Finanzbeziehungen selbstständig zu gestalten sowie Planungsvorhaben in eigener Regie durchführen zu können ...“

Worin besteht das Problem?

Offensichtlich ist trotz vieler „Bekenntnisse“ die strategische Rolle der Kommunalpolitik in der PDS-Diskussion

nicht ausreichend geklärt. Dabei wird gerade im Zusammenhang mit der gegenwärtigen, katastrophalen Finanzsituation der Kommunen und der „Agenda 2010“ deutlich, dass sich gegen die Politik des Sozialabbaus gerade auch von den Kommunen Widerstand entwickeln lässt. Viele Kommunalpolitiker, auch aus den Regierungsparteien, sind gegen die weitere Umverteilung von unten nach oben, weil sie wissen, dass Sozialhilfeempfänger und Obdachlose bei ihren Ämtern Schlange stehen. Auch der „Köder“ der Entlastung der Kommunen von der Sozialhilfe durch das Arbeitslosengeld II hat daran nicht viel geändert. Die Vorsitzende des Deutschen Städtetages, die Frankfurter Oberbürgermeisterin Roth, sprach sich wiederholt für eine stärkere Belastung der Konzerne und Banken bei der Gewerbesteuer aus und liegt damit völlig quer zu den Positionen ihrer Bundespartei, der CDU.

Die Stärkung kommunaler Rechte kann die Kritik an Entscheidungen, die ausschließlich am Ziel der Profitmaximierung orientiert sind, befördern. Dabei müsste es vor allem darum gehen, den Kommunen Einfluss auf die Gesetzgebungsverfahren zu geben. Im Verfassungssystem der BRD sind die Kommunen Teil der Länder. Auch der Städtetag fordert demgegenüber, neben dem Bundestag und der Ländervertretung Bundesrat eine dritte Säule einzuführen, z.B. in Form einer Kommunal-Kammer, die bei Gesetzen, die kommunale Auswirkungen haben, beteiligt werden muss. Die öffentliche Daseinsvorsorge, die wesentlich Aufgabe der Kommunen ist, würde dadurch sofort einen höheren gesellschaftlichen Stellenwert erhalten.

Im Zusammenhang mit der Diskussion um die strategische Bedeutung der Kommunalpolitik sollten wir uns auch mit den von Karl Marx ausführlich untersuchten Ergebnissen der Pariser Kommune von 1871 auseinandersetzen – bei allen Unterschieden, die es selbstverständlich zur heutigen Situation gibt. Die Pariser Kommune beruhte auf einem Bündnis des Pariser Proletariats mit den Mittelklassen gegen die Herrschenden, gegen das Kaisertum. Marx sah sie ausdrücklich als Organisationsform einer sozialistischen Gesellschaft an.

Es hätte wahrscheinlich nicht viel gebracht, auf dem Parteitag weitere Anträge zum Thema zu stellen. Dafür, dass die nötige Diskussion geführt werden kann, ist jedoch gesorgt. Die AG Wohnungspolitik brachte auf dem Parteitag einen Antrag ein, der fast einstimmig verabschiedet wurde. Er lautet kurz und knapp: „Der Parteivorstand wird beauftragt, die Erarbeitung „Kommunalpolitischer Leitlinien der PDS“ (Programm) zu organisieren und dem Parteitag vorzulegen.“ Vorbereitungen dafür laufen bereits. Je eher sie Ergebnisse zeigen, desto hilfreicher wird das für unsere Beteiligung an den Kommunalwahlen in NRW im September 2004.

Wolfgang Freye

Metropolendebatte – Risiken und Chancen

„Metropolen – Laboratorien der Moderne“ lautet der Titel eines Buches über Metropolen, also städtische Ballungsräume, und die deutsche Metropolen-Politik. Herausgegeben von Dirk Matejovski, war das im Campus Verlag Frankfurt/New York in der „Schriftenreihe des Wissenschaftszentrums NRW“ im Jahr 2000 erschienene Buch Bestandteil unserer Diskussion in der AG Wirtschaft der Sommerschule der „ARGE“ der PDS im thüringischen Sondershausen über Metropolen und Standortpolitik, kommunales Wirtschaften im allgemeinen und Wohnungsbau und Wohnungswirtschaft im besonderen.

Der Kreis der Autorinnen und Autoren und die Themen ihrer Aufsätze in dem Buch machen die Spannweite des Themas deutlich. Autorinnen und Autoren sind z.B. Peer Steinbrück, NRW-Ministerpräsident (SPD), aber auch Saskia Sassen, eine weit über die Kreise der Globalisierungskritiker hinaus geschätzte US-Professorin und Metropolenforscherin („Metropolen des Weltmarktes. Die neue Rolle der global cities“). Die Themen der Aufsätze in dem Buch reichen von „Politische Handlungsräume in der Telepolis“ (Steinbrück) über „Die Auswirkungen der neuen Technologien und der Globalisierung auf die Städte“ (Saskia Sassen), „Weltstädte als geistige Heimat“, „Pop und Stadt“ bis hin zu „offenen Städten“ und „urbanen Milieus“ und zum „Verschwinden der konkreten Orte“.

Thema unserer Debatte in der AG im Sommer war ein Aufsatz von Prof. Hans H. Blotevogel, Lehrstuhlinhaber an der Uni Duisburg und eine der „Koryphäen“ der wissenschaftlichen „Metropolendebatte“, zum Thema „Gibt es in Deutschland Metropolen? Die Entwicklung des deutschen Städtesystems und das Raumordnungskonzept der ‚Europäischen Metropolregionen‘“. Dieser und ein weiterer Aufsatz von Blotevogel („Deutsche Metropolregionen in der Vernetzung“, erschienen in den „Informationen zur Raumentwicklung“, Heft 6/7.2002), sollen hier vorgestellt und kritisch bewertet werden. Für eine linke Kommunalpolitik, insbesondere in den großen Städten, enthalten beide Aufsätze wichtige Hinweise und Anregungen.

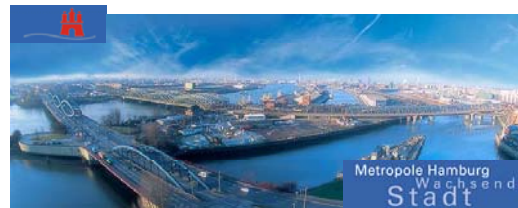
Hans H. Blotevogel: „Gibt es in Deutschland Metropolen?“

Der Autor beginnt mit der Feststellung, „dass die Politik seit einigen Jahren offenbar meint, dass Deutschland Metropolen haben sollte“. Seit ein, zwei Jahrzehnten habe die Frage nach „Metropolen“ wieder „Konjunktur“. Bisher deutlichstes Zeichen dafür sei der Beschluss der Ministerkonferenz für Raumordnung aus dem Jahre 1995 über die Einführung

der Kategorie „Europäische Metropolregionen“ in das Instrumentarium deutscher Raumordnungspolitik. Seitdem, so Blotevogel, arbeiteten die Länder an einer weiteren Konkretisierung dieses Konzepts.

Hintergrund dieser neuen Diskurs- und politischen Konjunktur seien sechs Entwicklungen.

Erstens die „Umwertungen im deutschen Städtesystem als Folge der deutschen Einigung“. Die in den Nachkriegsjahrzehnten in Westdeutschland und der DDR entstandene Hierarchie der Städte, im Westen u.a. erkennbar in der Rolle Hamburgs als Großhandels- und Medienzentrum, Frankfurt als Bankenzentrum und Bonn als Regierungssitz, in der DDR im wesentlichen definiert durch das Viereck (Ost-)Berlin, Dresden, Leipzig und Rostock, komme ins Wanken. Berlin dränge wieder dazu, „die“ Metropole zu werden.



Eigendarstellung der „Metropole“ Hamburg als „wachsende Stadt“

Zweite Neuentwicklung ist für Blotevogel die „Integration der deutschen Städte in das europäische Städtesystem“. Spätestens seit Vollendung des EU-Binnenmarktes konkurrierten deutsche Städte nicht mehr nur untereinander, sondern auch mit anderen europäischen Metropolen wie Brüssel, London, Paris und Mailand.

Dritter Hintergrund sei der „Strukturwandel der Wirtschaft“, insbesondere die flexible Spezialisierung der Ökonomie hin zu einer „Netzwerkökonomie“. Ökonomische Steuerungs-, Dienstleistungs- und Finanzfunktionen gewannen zunehmend Schlüsselfunktionen und drängten die industrielle Fertigung in ihrer Bedeutung für ökonomische Machtzusammenballung zurück. Damit verändere sich auch die Ökonomie der Städte.

Vierter Punkt ist für Blotevogel der „Bedeutungsverlust der Nationalstaaten“. Wer dahinter eine Idee der „Antinationalen“ vermutet, der irrt. Blotevogel beruft sich vielmehr auf Autoren wie den Japaner Kenichi Ohmae, früherer Direktor der Unternehmensberatung McKinsey in Asien, und dessen 1995 erschienenes Buch vom „Ende der Nationalstaaten“.

Fünfter Hintergrund der derzeitigen Metropolendebatte ist laut Blotevogel

„die anhaltende Arbeitsmarktkrise und die damit teilweise zusammenhängende Finanzkrise der öffentlichen Hände“. Damit hätten sich die Rahmenbedingungen der städtischen Politik völlig verändert. Kommunale Wirtschaftspolitik und Standortwettbewerb seien ins Zentrum kommunaler Politik gerückt.

Sechster Faktor sei schließlich für ihn die Globalisierung. Der Weltmarkt sei nicht mehr nur Absatzmarkt, sondern auch Beschaffungsmarkt für Informationen, industrielle Dienstleistungen, Geld usw. geworden, die Erde für viele Konzerne ein „globaler Investitionsraum“. Damit verändere sich auch das wirtschaftliche Umfeld der Städte völlig.

Schon diese kurze Übersicht zeigt, dass die „Metropolendebatte“ praktisch alle wichtigen Fragen der Entwicklung moderner Gesellschaften und damit auch linker Politik und Diskussion zumindest streift, wenn nicht im Zentrum berührt.

Schon allein deshalb ist der Aufsatz für Linke lesens- und empfehlenswert.

Der Autor beschreibt dann im folgenden die historische Entwicklung des „Metropolitanbegriffs“, seinen Bedeutungswandel, angefangen bei der „Mutterstadt“ früher Sklavenhalter-Reiche und deren Kolonien, über die schlichte Gleichsetzung mit der „Hauptstadt“ großer Reiche, weiter zur kirchlich-religiösen Bestimmung zentraler, religiös-kultisch besetzter Orte („Rom, Byzanz, Jerusalem“) bis hin zur heutigen, vorwiegend ökonomischen und polit-ökonomischen Definition („Metropolen des Weltmarktes“). „Im ökonomisch geprägten Weltstadtdiskurs der Gegenwart zählt nicht mehr die Zahl der Theateraufführungen und der verlegten Bücher, sondern die Bilanzsumme der ansässigen Banken.“ Metropolen seien heute „großstädtisch geprägte Siedlungsräume, Knoten internationaler Verkehrs-, Handels- und Informationsströme, Standorte supranationaler Steuerungszentren der globalen Wirtschaft. „Für die Standortkonkurrenz des Finanz-Dienstleistungs-Komplexes in den Metropolen kommt den face-to-face-Kontakten (auf deutsch: Kontakten „von Angesicht zu Angesicht“) eine entscheidende Bedeutung zu. Hochqualifizierte Dienstleister wie Spezialanwälte, Computerspezialisten, Wirtschaftsprüfer, Finanzdienstleister usw., die in dieser Breite und Tiefe nur in Metropolen konzentriert sind, ermöglichen sich wechselseitig und anderen Unternehmen Zeitvorteile.“

Diese in der Ökonomie als „Skalenerträge von Ballungsräumen“ beschriebenen Vorteile großer Städte erleichtern die

Konzentration von wirtschaftlicher Macht in modernen Metropolen und machen den eigentlichen „Reiz“ aller „Metropolendebatten“ aus. Es geht dabei fast immer um die weitere Konzentration von Macht und Reichtum in bestimmten großstädtischen Zentren und dort wiederum in bestimmten Milieus dieser Städte – immer auf Kosten anderer. Die Anhäufung von „Urbanisierungsvorteilen“, die schon immer den „Reiz“ der Stadt ausgemacht haben, sind das offene Geheimnis moderner Metropolendiskurse. Es geht im Kern darum, Macht und Geld von „fremden“ Metropolen, aus dem solche Metropolen umgebenden „Umland“ und von bestimmten Milieus innerhalb dieser Metropolen weg und zum „eigenen“ Milieu und der „eigenen“ Metropole hin zu lenken.

Blotevogel erinnert dabei auch kurz an die NS-Zeit, in der die NSDAP Großstädte als „Ausgeburt von Industrialismus, Entwurzelung und jüdisch-demokratischer Dekadenz“ verteilte und zeitweise einer Reagrarisierung von Wirtschaft und Siedlung das Wort redete, dann aber mit den Speerschen Plänen einer „Welthauptstadt Germania“ die Metropole Berlin in bizarrem Größenwahn noch übersteigern wollte.

Die aktuelle Frage „besaß und besitzt das deutsche Städtesystem eine ‚metropolitane Spitze‘“ verneint der Autor. Das bis 1945 bestehende deutsche Städtesystem mit einem Netzwerk großer Städte, geführt von der Metropole Berlin, sei unwiderruflich zerstört, behauptet er. Anstelle einer hierarchischen Spitze Berlin habe sich eine Gruppe von etwa acht annähernd gleich bedeutenden Metropolen bzw. Metropolregionen herausgebildet, bestehend aus Hamburg, Frankfurt (Rhein-Main), München, Stuttgart, Köln (Rhein-Ruhr), Leipzig, Dresden und Berlin. Insbesondere die westdeutschen Städte hätten nach 1945 viele der früheren „Spitzenfunktionen“ Berlins übernommen und würden diese nicht mehr abgeben, meint er. Allerdings wird der Autor bei genauerem Hinsehen merkwürdig nebulös. Berlin könne nie wieder „die“ deutsche Metropole werden wie vor 1945, schreibt er beispielsweise. Aber zugleich stellt der Autor fest, die Bedeutung von Metropolen nehme wieder zu. Auch die Weltwirtschaft führe nicht zu einer „Entgrenzung“ von Räumen, sondern zu einer „neuen Geografie“ mit Metropolen als wichtigen Knotenpunkten im globalen Netz. Viele politische Akteure würden noch heute „die Existenz und die entwicklungspolitische Bedeutung“ von Metropolen vernachlässigen, schreibt er. All das führt logisch zu der Konsequenz, dass die ökonomischen Kräfte und gesellschaftlichen Mechanismen, die zur stärkeren Herausbildung von „zentralen“ Metropolen, zu einer stärkeren Zentralisierung von Macht und Reichtum führen, wieder stärker geworden sind und auch vom Autor befürwortet werden. Der scheinbar unaufhaltsame „Zentrali-

sierungsschub“ nach Berlin – bei Behörden, Verbänden, Firmen – ist jedenfalls in den letzten Jahren unübersehbar geworden.

Auch der Vorwurf des Autors, die Politik schenke der Herausbildung solcher Metropolen zu wenig Aufmerksamkeit, geht ins Leere. Wer erinnert sich nicht an die Thesen eines Gregor Gysi, von Berlins Ausstrahlung als Hauptstadt profitiere das ganze Land, deshalb sollten alle Länder künftig mehr für die Hauptstadt zahlen? Inzwischen ist aus solchen, selbst in der PDS weit verbreiteten Thesen längst reale Politik geworden. Das Land Berlin hat Klage auf Übernahme seiner Schulden durch den Bund eingereicht, und die Absicht ist völlig klar: Die anderen Länder sollen für die Hauptstadt mehr zahlen als zuvor. Was ist das anderes als praktisch gewordene „Metropolpolitik“? Mehr Zentralismus oder mehr Föderalismus und Stärkung der Kommunen – dieser wichtige Grundsatzstreit ist auf der politischen Linken nicht nur in der PDS bis heute nicht entschieden. Konzepte einer „solidarischen Stadt“ sind zwar auf der Linken verbreitet, gehen aber vielfach über grundsätzliche Positionsbeschreibungen nicht hinaus. Die reale Politik – beispielsweise der PDS in Berlin – sieht oft anders aus.

Hans H. Blotevogel: Deutsche Metropolregionen in der Vernetzung

Wie kontrovers die hier angesprochenen Fragen sind, also die Kontroverse zwischen Vertretern einer „sozialen und solidarischen Stadt“ auf der einen Seite und von glitzernden Weltmarktmetropolen auf der anderen Seite, macht der zweite Aufsatz Blotevogels deutlich. Viele Thesen des ersten Aufsatzes werden darin wiederholt, aber insgesamt ist der Aufsatz polemischer abgefasst und macht so die auf Seiten der Befürworter einer Metropolpolitik vorhandenen Absichten sehr viel besser deutlich.

Nachdem er eingangs erneut auf den 1995 gefassten Beschluss der „Ministerkonferenz für Raumordnung“ hinweist, künftig auch sog. „Europäische Metropolregionen“ im „Raumordnungspolitischen Handlungsrahmen“ dieser Konferenz auszuweisen, schildert der Autor die damit verbundenen Erwartungen. Metropolen seien „Motoren der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung“ und sollten „die Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit Deutschlands und Europas erhalten und dazu beitragen, die europäischen Integrationsprozess zu beschleunigen“. 1995 habe die Ministerkonferenz sechs solcher „Metropolen“ bzw. „Metropolregionen“ festgelegt, nämlich Berlin/Brandenburg, Hamburg, München, Rhein-Main, Rhein-Ruhr und Stuttgart. 1997 sei dann noch die Stadtregion „Halle/Leipzig-Sachsendreieck“ als siebte „Metropolregion“ hinzugekommen, wenngleich diese Region noch mehr Zu-

kunftshoffnung als feststehende Tatsache sei.

Nun könnten Linke dieser Einstufung insoweit folgen, als auch aus linker Sicht Städte Ballungszentren von Widerstand und damit von zahlreichen politischen Bewegungen sind. Aber die Absichten der Minister und Metropolbefürworter gehen über diese einfache Tatsachenerkennung weit hinaus.

Hier werden Gestaltungsansprüche deutlich. Die soziale Hierarchie, das soziale Gefälle innerhalb der Gesellschaft soll durch die gewollte politische und auch finanzielle Herauspräparierung solcher „Metropolen“ vertieft werden. „Damit erfolgt eine eindeutige Akzentuierung des Entwicklungsziels gegenüber den anderen beiden Zielen des interregionalen sozialen Ausgleichs und der ökologischen Entwicklung“, schreibt Blotevogel ganz richtig.

Noch deutlicher wird der Autor wenige Seiten weiter. Er beschreib, wie sich im modernen Diskurs neue Begrifflichkeiten und Definitionen herausbilden. „Wir erleben zur Zeit eine Veränderung des Raumverständnisses.“ Anstelle der tradierten Räumbilder von Nationalstaaten und Nationalökonomien entstehe ein „Netzwerk Raum, in dem die Metropolregionen als Knoten das wichtigste strukturbildende Moment sind.“ Knoten sind Fesseln im Netz, Orte, an denen die „Erträge“ des gesamten Netzes zusammenfließen, an denen sich also in der realen Ökonomie Macht und Reichtum zusammenballt. „Das wesentliche Argument für die räumliche Bündelung solcher Funktionen stammt aus der ökonomischen Theorie der Agglomerationsvorteile. Die räumliche Bündelung von Aktivitäten derselben und anderer Wirtschaftszweige erzeugt externe positive Skaleneffekte, die sich beispielsweise in höherer Arbeits- und Kapitalproduktivität von Betrieben in Metropolen dokumentieren.“ Marxistisch übersetzt: Metropolen sind nicht deshalb reich, weil die dort lebenden Wirtschaftssubjekte besonders fleißig, produktiv oder klug sind, sondern wegen ihrer beherrschenden Stellung in über große Räume verteilten Arbeitsprozessen, einer Stellung, die ihnen erlaubt, Arbeitsprozesse in großen Räumen über Konzerne und deren Strukturen zu steuern, zu dirigieren und damit auch das in diesen großen Räumen erarbeitende Mehrprodukt zu ballen. Die in der Ökonomie so genannten „Skalenerträge“ von Ballung sind zu einem erheblichen Teil schlicht Ergebnis von Buchhaltung und von damit bis heute verbundenen Entscheidungsprivilegien. Wer die Arbeit anderer in Geld misst, verkauft und verbucht, einfach deshalb, weil dort Sitz der Geschäftsleitung ist, schant sich so vielfach auch die Rechtstitel auf das Mehrprodukt zu. Das gibt auch der Autor offen zu, wenn er schreibt: „In der Bilanzierung positiver und negativer Effekte bieten für die meisten Zweige des verarbeitenden Gewerbes heute die länd-

lichen Räume günstigere Standortbedingungen, so dass der produzierende Sektor einem großräumigen Dekonzentrationsprozess unterliegt.“ Trotzdem sind am Ende, räumlich gesehen, nicht die Produktionsorte reich, sondern die Orte, in denen die Konzernzentrale sitzt und die sog. „unternehmensnahen“ Dienstleistungen für diese Konzernspitzen stattfinden.

„Metropole Spitzen“ statt Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse

Obwohl eigentlich sonnenklar ist, dass solche Konzernspitzen nicht auf viele Metropolen verteilt sind, sondern sich in wenigen, privilegierten Zentren ballen, fordert der Autor, „die Entwicklungspolitik des Bundes, der Länder sowie der metropolitanen Städte und Regionen“ müsse noch mehr und „systematisch auf die Verbesserung bzw. Förderung der metropolitanen Funktionsfähigkeit“ ausgerichtet werden.

Offen verkündet er sodann, eine solche Änderung der Raumordnungs- und Regionalpolitik werde „zu einem massiven Konflikt mit dem tradierten raumordnungs- und regionalpolitischen Grundsatz der ‚Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilräumen‘“ führen. „Für die Raumordnungspolitik würde dies einem Richtungswechsel um 180 Grad nahe kommen.“ (Seite 347).

Damit ist die Richtung vorgegeben, die dem Autor selbst, aber auch der herrschenden Politik beim Metropolendiskurs vorschwebt. Es geht um eine weitere Vertiefung der ohnehin durch Globalisierung und Marktwirtschaft hervorgerufenen sozialen Zerklüftung der Gesellschaft. Es geht um eine grundlegende und dauerhafte Abkehr von sozialer und solidarischer Politik.

Der konservative und liberale Mainstream der herrschenden Politik – soziale „Inseln“ von Gut- und Besserverdienenden im globalen Konkurrenzkampf stehen zu lassen, zugleich aber die große Mehrheit der Bevölkerung unter noch härteren sozialen Druck und die Angst des sozialen Absturzes zu setzen, Solidarität zu zerstören, Ellenbogenkonkurrenz und „Kampf ums Dasein“ zu schüren – dieser scheinbar unüberwindliche Mainstream der herrschenden konservativ-liberalen Politik findet so auch in der „Metropolendebatte“ eine willkommene Schützenhilfe. „Mehr Metropolenförderung“, wie von Blotvogel und anderen propagiert und von der Ministerkonferenz für Raumordnung seit 1995 förmlich beschlossen, bedeutet im realen sozialen Kontext: Mehr Konkurrenz, mehr Hierarchie, mehr Ungleichheit der tatsächlichen Lebensverhältnisse, weniger Solidarität und weniger sozialer Ausgleich als bisher.

Der Fundamentalsatz konservativer und liberaler Politik: Ungleichheit und Angst vor sozialem Absturz spornt die Lebensgeister, steigert die Arbeits„lust“ (in Wirklichkeit: die Angst) der Menschen

und führt so über kurz oder lang zu mehr Wachstum und mehr Reichtum der Gesellschaft, dieser Fundamentalsatz rechter Politik findet sich so auch in der aktuellen deutschen „Metropolendebatte“ wieder.

So wundert es am Ende nicht, dass so schlichte Wirklichkeiten wie die Tatsache, dass in fast allen großen deutschen Metropolen 30 und mehr Prozent ihrer wirklichen Bewohner heute nicht einmal das Wahlrecht haben, im aktuellen Metropolendiskurs bei aller vorgetragenen „Globalität“ nicht einmal am Rande registriert und anerkannt, geschweige denn problematisiert werden. Für diese Sorte „Diskurs“ sind „Metropolen“ vor allem ein glitzerndes Schaulaufen der Reichen, Schönen und Jungen – „Party ohne Ende“, wie eine Zeitlang in München und derzeit in Berlin.

Die im Licht stehen sieht man – die im Schatten sieht man nicht. *rül*

Warum war Willy Brandt inkognito bei Abrassimow ?

Franz-Karl Hitz

Zu Beginn der ersten öffentlichen Buchvorstellung im Club Spittelkolonnaden begrüßte Dr. Joachim Mittdank zwei seiner ehemaligen Verhandlungspartner in den 70er Jahren, die ehemaligen Senatsräte Gerhard Kunze und Dieter Hinkel. Unter den über 60 Gästen weilten auch Journalisten der Berliner Presse.

Joachim Mittdank gehört zu den Autoren des „Verbandes für Internationale Politik und Völkerrecht e.V.“, die seit der Wende ihre Erinnerungen bzw. Monografien über die Außenpolitik der DDR in 41 Büchern und mehreren hundert Artikeln in der deutschen und internationalen Presse veröffentlicht haben. Somit gehört er zu den unverzichtbaren Zeitzeugen der DDR-Geschichte. Mit seinen Einlassungen schließt er eine Lücke in der Geschichtsschreibung. Davon zeugt das lockere, spannend aber auch konzentriert geschriebene und gut recherchierte Buch. Es beschreibt viele sehr nachdenkenswertes Episoden über die Ostberliner „Westberlin-Politik“.

So ist zum Beispiel zu erfahren (S. 34), wie am 18. Juni 1968 Willy Brandt in seiner Eigenschaft als ehemaliger BRD-Vizekanzler unter Kurt Georg Kiesinger, der auch gleichzeitig BRD-Außenminister war, inkognito bei Nacht und Nebel aus Westberlin kommend die Sektorengrenze überquerte, um sich mit dem sowjetischen Botschafter P. Abrassimow zu geheimen Gesprächen in Ostberlin zu treffen. Die DDR-Führung erfuhr davon, wie Mittdank jetzt schreibt, erst aus der Westberliner Presse. Mittdank, der zu die-

ser Zeit Leiter der Abteilung Westberlin im Außenministerium der DDR war, musste die Erfahrung machen, dass die sowjetische Seite der DDR jede Information über das Gespräch mit Brandt verweigerte.

Der Autor berichtet über das Zustandekommen von Verhandlungen mit dem Senat von Berlin-Schöneberg, über Fragen des Gebietsaustausches, über die Transit- und Passierscheinabkommen, ein Treffen Honecker-Wehner in der Schorfheide und seine Auswirkungen (Autobahnbau und dessen Finanzierung), und schließlich auch über die Hintergründe des Zustandekommens des Vierseitigen Abkommens vom 3. September 1971 usw. usf.

Lesenswert ist das Buch allemal, vor allem die Abschnitte „Berlin als Brücke für die UdSSR und die USA“, „Der geheime Kanal Moskaus arbeitet“ (gemeint ist die geheime Zusammenarbeit zwischen dem KGB-General Wjatscheslaw Keworkow und Staatssekretär Egon Bahr), von der Mittdank seinerzeit genauso nichts wusste, wie über den Inhalt der Erklärungen der vier Botschafter, die das Vierseitige Abkommen ausgehandelt und unterschrieben hatten. Wie in der Diplomatie üblich, nahmen die „besten Freunde der DDR“ die über den Meinungsaustausch vereinbarte Vertraulichkeit gegenüber der DDR sehr genau ...“ (S. 52). Es wäre nicht verwunderlich, wenn die Herren Kunze und Hinkel über bessere Informationen verfügten. Mittdank jedenfalls erhielt weder von sowjetischen Diplomaten in Berlin noch bei seinen Konsultationen in Moskau interne Informationen.

Spannend sind die Erinnerungen des späteren DDR-Botschafters Dr. Mittdank (1978–1982 in Helsinki und 1989 bis 1990 in London und Dublin) über einen Besuch des finnischen Präsidenten Urho Kekkonen in der Nähe der DDR-Hauptstadt gelegenen Zentralen Sporttrainingsstätte Kienbaum (1977) und des britischen Botschafters Douglas Hurd in Leipzig und Berlin (1990). Für Mittdank schon deswegen beeindruckend, da er als geborener Leipziger Arbeiterjunge dem britischen Außenminister über sehr persönliche Eindrücke in seiner Geburtsstadt berichten konnte.

Dem Buch sind 66 meist erstmalig veröffentlichte Dokumente beigelegt. Auch die zu lesen dürfte sehr aufschlussreich sein. Sie werden die spannende Lektüre bereichern, zumal, wenn diese damaligen politischen Ereignisse bis zur Grenzöffnung vom Leser aufmerksam selbst verfolgt wurden. Zahlreiche Fotos aus dem Archiv des Autors bereichern das Buch, dem eigentlich ein „griffiger“ Titel gewünscht worden wäre.

Joachim Mittdank: Die Berlin-Politik zwischen 17. Juni 1953, dem Viermächteabkommen und der Grenzöffnung 1989 – Erinnerungen eines Diplomaten/ trafo-verlag, Berlin 2003, br. 337 S., ill., 29,80 Euro, ISBN 3-89626-392-7

„Gute Arbeit“

Im Jahr 2000 hat die Dublin Foundation ihre dritte Umfrage zu den Arbeitsbedingungen in den Mitgliedsstaaten der EU durchgeführt. Die Untersuchung (www.eurofound.eu.int – Englisch, Französisch und Deutsch) basiert auf Beschäftigtenbefragungen. Die Befunde waren eindeutig. Sogenannte traditionelle Belastungen am Arbeitsplatz wie schweres Heben und Tragen, Lärm, Monotonie oder Zwangshaltungen sind nicht zurückgegangen, sondern stagnieren auf hohem Niveau oder nehmen leicht zu. Parallel gibt es eine drastische Zunahme der sogenannten weichen Faktoren aus dem Bereich der psycho-sozialen Belastungen. Brisant vor allem: die Kombinationswirkung, sprich die sich wechselseitig verstärkenden Effekte von einzelnen Belastungen aus den beiden genannten Bereichen.

Die Studie hatte dann durchaus eine unterstützende Wirkung auf die vielfältigen, aber oft ein Schattendasein führenden Arbeitsschutzaktivitäten entfaltet. Die EU hat in ihrer 2002 verabschiedeten neuen Strategie für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz Initiativen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in allgemeiner Form auf die Tagesordnung gesetzt.

In diesem Zusammenhang organisierte die IG Metall im November 2002 eine bundesweite Konferenz unter dem Titel „Gute Arbeit“. Mit gleichem Namen ist Mitte diesen Jahres ein Band beim VSA Verlag erschienen. Der Band umfasst insgesamt 19 Aufsätze, die teilweise identisch sind mit den auf der Konferenz gehaltenen Beiträgen. Die insgesamt 29 Autoren sind überwiegend Hauptamtliche der IG Metall. Aber auch der Wissenschaftsbetrieb und Leute aus Beratungseinrichtungen sind vertreten. Mindestens dort, wo es um gewerkschaftliche Handlungsperspektiven oder die Betriebspolitik geht, werden die Beiträge spezifisch und sind nicht einfach für Leute aus anderen Branchen nutzbar. Aber das war auch nicht gewollt – der Band soll die IG Metall Kampagne „Gute Arbeit“ unterstützen.

Inhaltlich gliedert sich das Buch in drei Abschnitte:

- Hintergründe: arbeitspolitische Bilanz
- „Gute Arbeit“ – konkrete Arbeitsfelder
- Gewerkschaftliche und politische Humanisierungsinitiative.

Doch die einzelnen Abschnitte sind bunter als ihre Titel suggerieren. So finden sich im zweiten Teil neben Beiträgen zur Arbeitszeit oder zur Leistungs politik sowohl allgemeine Thesen zum Arbeitsschutz als auch Auseinandersetzungen mit der Gestaltung von altersgerechten Erwerbsverläufen oder dem neuen Präventionsauftrag der Berufsgenossenschaften oder Vorschläge für betriebliche Handlungsstrategien einer gewerk-

schaftlichen Arbeitsschutzpolitik.

Zentrales Anliegen der dem Band zugrundeliegenden Diskussionen in der IG Metall ist es, der Ausdifferenzierung in einzelne Felder gewerkschaftlicher Handlungsfelder zu begegnen. Dabei wird versucht, Bereiche wie die Tarifpolitik, spezieller die Arbeitszeitpolitik oder die Leistungs politik, die Qualifizierungspolitik oder die Arbeitsorganisation mit Anforderungen aus dem Bereich des Gesundheitsschutzes zu konfrontieren; Schnittstellen oder konkrete Anforderungen zu definieren.

In diesem Zusammenhang wird in einem Beitrag von Frank Iwer auf die zentrale Schwachstelle gewerkschaftlicher Betriebs politik, auch der Kampagne „Gute Arbeit“, hingewiesen. Die in den politischen Strukturen und Verantwortungsbereichen geführten Diskussion, erstellten Materialien und ersonnenen Vorhaben finden keinen Weg mehr in die betrieblichen Praxis. Problem sei ein tiefgreifender „organisationspolitischer Widerspruch“ in der IG Metall. Auf der einen Seite kann eine Verbetrieblung zentraler gewerkschaftlicher Handlungsfelder ausgemacht werden, die in den Kernbereich der Ausgestaltung von Tarifverträgen reicht und als nicht einfach umkehrbar bezeichnet wird. „Auf der anderen Seite erodiert gerade in dieser Situation die betriebspolitische Handlungsfähigkeit der IG Metall. Das gilt für die Betriebsbetreuung durch die Sekretäre, die sowohl unter einer schlechteren Betriebsabdeckung, dem höheren Betreuungsaufwand von KMU als auch der Ausdifferenzierung betrieblicher Problemlagen und damit einhergehenden höheren fachlichen Anforderungen leidet.“

Gibt es einen Weg da raus – da sind die Antworten eher knapp – aber eine Diskussion auf der Grundlage der verschiedenen Diagnosen des Buches scheint durchaus möglich.

Interessant ist der Band einfach, weil er die verschiedenen Felder gewerkschaftlicher Politik daraufhin überprüft, welchen Stellenwert der Arbeitsschutz in ihnen spielt und jeweils aktuelle Überblicke über spezifische Entwicklungen gibt.

Besonders interessant ist er dadurch, dass er erlaubt, verschiedene Felder miteinander in Beziehung zu setzen. Zwei Beispiele:

– Der Beitrag von Tatjana Fuchs stellt die besonderen Belastungen in dem wachsenden Bereich prekärer Beschäftigung dar. Die Belastungen sind hier vielfältig und im Durchschnitt höher; auch die unterdurchschnittliche Bezahlung fordert ihren gesundheitlichen Tribut. Der Beitrag von Frank Iwer beschäftigt sich mit der Frage, wie die Gestaltung der Arbeit als Handlungsfeld für die gewerkschaftliche Politik (zurück)gewonnen werden kann. Interessant wäre nun die Frage diesen Gedanken auch für die Bereiche prekärer Beschäftigung und je-

ne, in denen keine betriebliche Interessenvertretung vorhanden ist, zu überprüfen.

– Christian Dahme legt in seinem Beitrag dar, dass Technologieentwicklung nicht einfach ein technischer, sondern auch ein sozialer Prozess ist. Sowohl der Forschungs- als auch der Anwendungsprozess seien mit Anforderungen an eine innovative Arbeitsgestaltung zu konfrontieren. In den Thesen des Ressorts Arbeits- und Gesundheitsschutz der IG Metall Vorstandsverwaltung wird jedoch die eingesetzte Technologie als ein wesentlicher Parameter für die konkrete Arbeitsorganisation bzw. Arbeitssituation und damit auch als ein wesentlicher Parameter für die konkrete Gefährdungssituation vergessen.

Anzumerken ist noch, dass ein einleitender Beitrag wünschenswert gewesen wäre, der zum Verständnis des Zusammenhangs der vielen Aufsätze beigetragen hätte. Gleichwohl bietet der Band eine Fülle von Darlegungen, Positionierungen und Auffassungen, so dass er für alle, die im Themenbereich des Arbeits- und Gesundheitsschutzes agieren, eine Bereicherung sein dürfte. *rog*

Jürgen Peters / Horst Schmittthener: *Gute Arbeit*; VSA, Hamburg 2003

Film: „Das Wunder von Bern“

Gut gemachter Humbug und nationaler Wahn

Der Film von Sönke Wortmann „Das Wunder von Bern“, wird ein Kinorennner und rührte Kanzler Schröder zu Tränen. Überall im Lande soll des Wunders von Bern im Jahr 1954 gedacht werden. Dabei steht nicht die sachlich, fachliche Erinnerung, an den überraschenden Gewinn der Fußballweltmeisterschaft durch das deutsche Team im Mittelpunkt, sondern die Wiedergewinnung von nationalem Stolz. Im Jahr 2003 ist dies neuerlich eine Herzensangelegenheit der gesamten politischen Kaste. Kanzler Schröder sprach kürzlich von einer „neuen deutschen Normalität“ und der „Wiedererlangung unserer Souveränität“ (Rede zum Tag der „Deutschen Einheit“ 3.10.03). Die Erinnerung an Bern, die Tore von Helmut Rahn im Endspiel gegen Ungarn 1954, dienen filmisch aufbereitet der deutschen Geschichtsentsorgung, dem Kult der harten Männer und der Durchsetzung deutscher Interessen im Weltmaßstab. Ein Fußballspiel, wird für reaktionäre politische Konzepte missbraucht, ein völkischer Mythos weiterentwickelt. Deshalb weint der Kanzler, nicht wegen dem in Wirklichkeit tatsächlich sympathischen Helmut Rahn oder wegen der technischen Brillanz ei-

nes Fritz Walter. Der Film von Sönke Wortmann, hat in der Tat wenig mit Fußball zu tun, dafür um so mehr mit nationaler Gefühlsduselei und der Haltung „wir sind wieder wer“.

Kein Film für Fußballbegeisterte und Fußballinteressierte

Nichts, buchstäblich nichts, außer den Resultaten, erfährt der Laie über die beiden Siege des DFB-Teams gegen die Türkei in der Vorrunde 1954 in der Schweiz. Warum Nationaltrainer Herberger damals in der Vorrunde gegen die Fußballmacht Ungarn die Reserve spielen ließ und mit 8:3 verlor, überlässt Wortmann der Spekulation. Im Viertelfinale ließ Herberger statt Berni Klodt Helmut Rahn über rechts angreifen und das Spiel gegen Jugoslawien wurde 2:0 gewonnen. Ob das Resultat mit der geänderten Aufstellung zu tun hatte oder an der defensiven Spielweise des DFB-Teams in diesem Match lag, erfährt der Besucher des Filmes nicht. Herrn Wortmann, der selbst einige Zeit in der zweiten Liga Fußball spielte, tangieren solche Fragen nicht sonderlich. Warum im Halbfinale gegen Österreich Rahn nicht traf, dafür Ottmar Walter aber um so mehr, ist ebenfalls nicht von Belang. Statt dessen werden die Fußballkalauer von Herberger: „Der Ball ist rund“, „ein Spiel dauert neunzig Minuten“, „nach dem Spiel ist vor dem Spiel“, auf eine Putzfrau aus der Schweiz zurückgeführt. Das mag ein gelungener Regieeinfall gewesen sein und ist nicht verwerflich. Allerdings das Finale am 4. Juli 1954 einfach als „Wunder“ hinzustellen, den 3:2 Sieg des deutschen Teams gegen Ungarn zu mystifizieren, ist mehr als bedenklich. Diese traditionelle Betrachtung des Endspiels von Bern „das Wunder, „der Wahnsinn“ ist irrational und steht intellektuell unter der Binsenweisheit Herbergers: „Der Ball ist rund“. Zudem wird dem keineswegs fortschrittlich gesinnten Herberger der Fußballfachverstand abgesprochen. Den wenn der Sieg ein „Wunder“ war, dann hatte die Anweisung Herbergers an Hans Schäfer, „offensiv die Schwächen der ungarischen Abwehr über links zu nutzen“, keine wirklich entscheidende Bedeutung. Auch nicht die Order für Horst Ekel, „den ungarischen Spielmacher hauteng zu decken“. Die Freiheiten, die Herberger Helmut „Boss“ Rahn über rechts gewährte, werden ebenfalls nicht richtig gewichtet. Rahn galt als nervenstarker Fußballgeozentriker, der schwer auszurechnen war. Der berühmte Kommentar: „Schäfer nach innen geflankt, abgewehrt, aus dem Hintergrund müsste Rahn schießen, Rahn schießt, Tor, Tor, Tor, Tor“, konnte nur deshalb gesprochen werden, weil Rahn statt mit rechts einfach draufzuhalten, sich den Ball auf den linken Fuß legte, dadurch rutschte der ungarische Verteidiger ins Leere, es entstand eine Lücke und der nervenstarke „Boss“, knallte den Ball mit dem linken Fuß ins Tor. Diese Szene wird im Film gegen En-

de kurz nachgestellt, aber Rahn gelingt in dem Film die Aktion nur, weil er einen kleinen deutschen Jungen aus Essen am Spielfeldrand erblickt, der ihn mystisch animiert, den Ball für ihn und alle Deutschen ins Tor zu hauen. Darum, um den völkischen Wahn, geht es dem Filmemacher Sönke Wortmann in Wahrheit. Anders sind solche sachlichen Fehler, wie die Beziehungskiste zwischen Fritz Walter und Helmut Rahn falsch darzustellen, nicht erklärbar. In dem Film, ist der sensible Techniker Walter der Starke und der in Wahrheit robuste Rahn der Weiche. Das Gegenteil war der Fall, ein Blick in die Memoiren von Fritz Walter, hätte Wortmann belehren müssen. Aber es geht nicht um Wirklichkeit in dem Film, nicht um ein Fußballspiel und seine Typen, sondern um nationalen Pathos. Das Fußball immer etwas mit Glück zu tun hat, ist eine Binsenwahrheit. Glück gehört zu jedem gelungenen Torschuss, entscheidend ist aber das Training, die Taktik, das System und die Einstellung der Mannschaft. Dennoch ist dem Zufall im Fußball, Tür und Tor geöffnet, kein Ergebnis kann sicher prognostiziert werden. Fußball ist ein Spiel, und der Ausgang, wenn halbwegs gleichwertige Mannschaften aufeinandertreffen, relativ offen. Deshalb hat der Aberglaube, die Hoffnung und das Metaphysische, in diesem Sport breiten Raum. Das „Wunder von Bern“ stellt den Sieg der deutschen Mannschaft 1954 als nationale „Wiedergeburt“ nach der „Niederlage“ von 1945 hin. Eine Familie aus Essen hat in dem Film die Starrolle. Die deutsche Familie hat die Hauptrolle und nicht Toni Turek, Werner Liebrich, Boss Rahn oder der fußballerisch geniale Fritz Walter.

Eine Familie aus Essen, eine Dame aus München

Ein kleiner Junge aus Essen ist Freund, Fan und Kofferträger von Helmut Rahn, der damals für Rot-Weiß Essen kickte. Der ältere Bruder des Jungen schmeißt die Kneipe der Mutter und ist Kommunist. Die Mutter rackert zusammen mit ihrer Tochter in der Arbeiterkneipe. Ein gutes Geschäft verspricht sich die Mutter von der kommenden WM und stellt ein TV-Gerät im Lokal auf. Kurz vor der WM kehrt der Vater aus russischer Kriegsgefangenschaft zurück. Tyrannisch behandelt er seinen Jüngsten, dem er die Bewunderung für Helmut Rahn austreiben will. Er ohrfeigt den Jungen und fügt hinzu: „Ein deutscher Junge weint nicht“. Der Tochter verbietet er, mit amerikanischen Soldaten zu tanzen und Schminke zu benutzen. Dem älteren Sohn verübelt er den Kommunismus und die Renitenz. Die Mutter versucht den Streit beizulegen, indem sie auf Papas Schicksal hinweist. Sie prägt den Satz: „Wir alle sind unschuldig“. Gemeint sind damit alle Deutschen bezogen auf die jüngste Vergangenheit. Der älteste Sohn ist nicht gewillt, an dieser Versöhnung teilzunehmen und übersiedelt in die DDR. Der jüngere



Bruder verurteilt diesen Schritt, denn „soziale Gleichheit könne es nicht geben“. Wunder gibt es nach dem Kleinen nur, wenn der Boss Fußball spielt. Der tyrannische Vater entdeckt seine Liebe zum Fußball wieder und fährt mit seinem Filius zum Endspiel nach Bern. Beglückt nimmt der Mann den Sieg der Fußballmannschaft wahr und freut sich über das „deutsche Wunder“. In der Kneipe der Eltern, werden anlässlich der Übertragung der Spiele laufend rassistische Sprüche geklopft, wie: „Vorsicht, die Jugos sind alle Partisanen und unfair“. Ein anderer Kneipengast sagt, nachdem Ungarn im Endspiel früh 2:0 führt: „Wir werden das Spiel genauso verlieren wie den Krieg.“ Die Message des Films ist jedoch eine andere, das Spiel endete 3:2 für Deutschland, die Kriegsniederlage wiederholte sich nicht.

Eine verwöhnte Dame aus München, Frau eines SZ- Reporters, ist anfangs nicht am Fußball interessiert. Im Lauf des Turniers entwickelt sie sich zum „Fan“. Vor dem Spiel gegen Ungarn fordert sie: „Schickt sie zurück in die Puszta, macht Schaschlik aus den Ungarn“. Während des Spiels kommt die deutsche „Walküre“ groß ins Bild und brüllt „Deutschland, Deutschland“, die Haupttribüne folgt der Dame aus München blind. Kurz nach diesem Gefühlsausbruch schießt Max Morlock den Anschlusstreffer für Deutschland. Kitsch, Nationalismus und Rassismus prägen den Film. „Das Wunder von Bern“ wird neuzeitig instrumentalisiert. Dichtung und Wahrheit liegen nah zusammen, die Kernaussage ist jedoch „Deutschland, Deutschland über alles in der Welt“. Die führenden Politiker des Landes sind von dem Film begeistert, ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Sind doch alle bloß Fußballfans oder?

Max Brym

8./9. November, Kommunalpolitische Konferenz West der PDS in Offenbach am Main. Näheres: <http://www.pds-online.de/projekte/konferenzen>

9. November: „Internationaler Tag gegen die Mauer“, mit der sich Israel gegen die Palästinenser auf den Westbank abschnitt. Der Tag wurde von den vom Mauerbau betroffenen palästinensischen Dörfer und Städte ausgerufen. Im Aufruf heißt es: „Wir rufen alle dazu auf, diese palästinensische Initiative zu Unterstützen, damit sich die so sehr benötigte Solidarität und Aufmerksamkeit bilden kann und der Mauerbau gestoppt wird. Wir fordern Sie dazu auf, uns von heute an zu unterstützen und auf den Staat Israel und seine Alliierten Einfluss zu nehmen, damit die folgenden Forderungen Wirklichkeit werden: Stoppt und Zerstört die Apartheidmauer sofort! Gebt alles unter dem Vorwand des Mauerbaus gestohlenen Land an seine palästinensischen Eigentümer zurück! Stoppt die Besetzung! Siehe unter: www.pengon.org/

12. bis 15. November, Paris: *Zweites Europäisches Sozialforum* in Paris und Saint-Denis sowie in den beiden benachbarten Städten Bobigny und Ivry

17. November, Bochum, SPD-Parteitag, Neuwahl Vorstand

22. November, Düsseldorf: *Globalisierung ohne Alternative?* Die Welt im Griff der Konzerne. Am Beispiel des Bayer-Konzerns. Jahrestagung 2003. Coordination gegen BAYER-Gefahren, Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf, Fon (02 11) 33 39 11, Fax (02 11) 33 39 40

22. November, Stuttgart. *Landesparteitag der PDS Ba-Wü*

29. November, Ingolstadt, Landesparteitag PDS Bayern

1./2. Dezember, Leipzig: CDU-Parteitag

5./6. Dezember, Berlin: 9. Kongress „Armut und Gesundheit“ mit dem Schwerpunktthema „Strategien der Gesundheitsförderung“. In der Einladung heißt es: Armut macht krank! Mindestens jeder zehnte Mensch in Deutschland ist arm. Damit trägt jeder zehnte Mensch erhöhte gesundheitliche Risiken: Arme Menschen haben eine etwa sieben Jahre kürzere Lebenserwartung. Die Wahrscheinlichkeit, schwer zu erkranken, zu verunfallen oder von Gewalt betroffen zu sein, ist für sie mindestens doppelt so hoch wie bei reichen Menschen. Doch auch arme Menschen haben Rechte und Chancen zu Gesundheit: Sie müssen gestärkt werden in ihren Möglichkeiten, Belastungen zu bewältigen und Gesundheit zu fördern, dort wo sie konkret leben. Sie brauchen Hilfe und Zugänge, um ihre eigenen Gesundheitspotenziale entfalten zu können! Der 9. Kongress Armut und Gesundheit steht unter dem Motto „Strategien der Gesundheitsförderung – Wie kann die Gesundheit von Menschen in schwierigen Lebenslagen nachhaltig verbessert werden?“. Auf dem Kongress werden erfolgreiche Konzepte, die in verschiedenen Handlungsfeldern entwickelt wurden, vorgestellt und auf die Möglichkeit einer breiteren Anwendbarkeit hin untersucht. Insbesondere sollen Ansätze und Ideen formuliert werden für ...

- Strategien der Gesundheitsförderung zum Abbau sozial bedingt ungleicher Gesundheitschancen,
- Zielgenauigkeit kurativer Versorgungsansätze,
- Ansätze für eine integrative, sozial orientierte Gesamtpolitik.

6./7. Dezember, Kassel. „Globale Gerechtigkeit statt neoimperialer Vorherrschaft, Zivile Prävention statt Präventivkriege, Abrüstung statt Sozialabbau“. 10. bundesweiter und internationaler Friedensratschlag, Tagungsort: Universität Kassel, Standort Wilhelmshöher Allee 73, näheres: <http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/rat/2003/programm.html>

2.-4. Januar, Sondershausen: Linke Schule der Arbeitsgemein-

schaft Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung in und bei der PDS. Anreise am 1.1. abends, Ende 4.1. mittags.

30./31. Januar 2004, Berlin: Europawahlparteitag der PDS

31. Januar 2004, Berlin: „Gewerkschaften in der Krise – wie weiter?“ Konferenz der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken. Anreise am Freitag, 30.1.04. Thema bleibt: „Gewerkschaften in der Krise – wie weiter?“ Hauptreferat von Detlef Henschke, ehem. Vorsitzender der IG Medien.

7. Februar 2004, Fulda: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Sitzung des Arbeitsausschusses, Ort: DGB Jugendbildungsstätte, 10.30 Uhr

3./4. April 2004, Fulda: Tagung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften. 10.30 Uhr, DGB Jugendbildungsstätte

10./11. Mai 2004, Bonn: Nationaler Städtebaukongress

23. Mai 2004, Bundespräsidentenwahl

13. Juni 2004: Europawahl; Landtagswahl in Thüringen; *Kommunalwahlen* in: Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen.

27. Juni 2004, Kommunalwahl in Thüringen.

Neu erschienen im GNN-Verlag

Frank Pieper (Hg.)

Die EU, „Kerneuropa“ und Osterweiterung

Geschichte, Entwicklung und Perspektive eines imperialistischen Blocks unter deutsch-französischer Hegemonie

Beiträge:

Frank Pieper

100 Jahre Weltmachtstreben

Deutsche Mitteleuropakonzepte vom Kaiserreich bis Joschka Fischer

Christiane Schneider

EU auf dem Weg zur „Supermacht“ „Kerneuropa“ und Militarisierung

Holger Kuhr

Peripherisierung und avantgardistische Finalität

Die Berliner Europa-Politik und die EU-Osterweiterung

Frank Pieper (Hg.)
Holger Kuhr
Christiane Schneider

Die EU, „Kerneuropa“ und Osterweiterung

Geschichte, Entwicklung und Perspektive eines imperialistischen Blocks unter deutsch-französischer Hegemonie



112 Seiten, Preis 5 €, ab 3 Ex.: 3,50 € plus Versandkosten

Zu beziehen bei: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg
Fax (0 40) 43 18 88 21
eMail: gnn-hhsh@hansenet.de